Nummer 35 Montag, den 9. Februar 1914. 7. Jahrgang

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung" erscheint jeden Werktag. Regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen", „Die Spinnstube". Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich M. 1,95 bei den Agenten monatlich 50 Pfg. Hinzu tritt Postgebühr oder Trägerlohn. Anzeigen: Grundzeile 20 Pfg., lokale 15 Pfg. Anzeigen von auswärts werden durch Postnachnahme erhoben. Erfüllungsort Friedberg. Schriftleitung und Verlag Friedberg (Hessen), Hanauerstraße 12. Fernsprecher 48. Postscheck-Konto Nr. 4859, Amt Frankfurt a. M.

Uebersicht.

— Der **Kronprinz** wird in Vertretung des Kaisers der **Eröffnungssitzung der 42. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats** am 10. ds. Mts. im Herrenhaus **beiwohnen.**

— Bei einem in der Nacht zum Mittwoch aus Spanien zugereisten in einem Südfrüchtegeschäft in **Würzburg** bediensteten **Arbeiter** wurde **Erkrankung an schwarzen Pocken** festgestellt.

— An Wiener kompetenten Stellen wird bestätigt, daß gegenwärtig zwischen österreichisch-ungarischen und italienischen Banken Verhandlungen stattfinden, um dem **Prinzen zu Wied auf die Anleihe von 75 Millionen einen Vorschuß zu gewähren,** der sofort flüssig gemacht werden soll.

— Nach in **Sofia** eingelangten Meldungen sind die **Minister Radoslawow** und **Gonzew mit ihrem Empfang Neubulgarien überaus zufrieden.** Die Bevölkerung zeigt sich für die verliehenen Freiheiten außerordentlich dankbar und von den Nationalitäten sind zahlreiche Dankdepeschen an den Zaren Ferdinand und die Regierungen abgesandt worden.

— Wie der „Temps aus **Athen** meldet, ist infolge der Besprechungen des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos in den Hauptstädten Europas das **Datum zur Räumung des Teiles des Epirus, der an Albanien fallen soll,** auf den 1. März festgestellt worden. Die Räumung muß am 31. März endgültig beendet sein.

— **Wie in Rom** verlautet, **beabsichtigt** der Gouverneur der Provinz Cyrenaika, **General Ameglio,** im Frühjahr eine **große militärische Expedition gegen die Senussi** zu unternehmen, um ihren Widerstand endgültig zu brechen und die **Eroberung der** Cyrenaika zu vollenden. Insgesamt sollen 90 000 Mann mobil gemacht werden.

— Der englische liberale Parlamentarier **R. Munro Fergusson,** der den Wahlkreis Leith Burgh vertritt, ist an Stelle des zurückgetretenen Lord Denman **zum Generalgouverneur von Australien ernannt worden.**

Rußland und die Balkanstaaten.

Es ist wohl kein bloßer Zufall, daß in dem Augenblick, wo der griechische Ministerpräsident Venizelos auf seiner Rundreise bei den Großmächten in Petersburg weilt, dort auch der serbische Ministerpräsident Pasitsch eingetroffen ist, vielmehr macht es durchaus den Eindruck, als wenn Herr Pasitsch diesen Moment im Einverständnis mit den im Frage kommenden Stellen abgepaßt hat, um eventuell gemeinsam sich, mit den Petersburger Machthabern über die Dinge auf dem Balkan zu besprechen. Bisher stand Rußland den Griechen ziemlich fern, und mit Serbien war in der letzten Zeit eine erhebliche Spannung eingetreten, die wohl gleichfalls Herrn Pasitsch bewogen hat, nach Petersburg zu reisen und um gut Wetter zu bitten. Der Empfang, der den Balkandiplomaten zu teil geworden ist, ist ein sehr warmer und der angeschlagene Ton ein durchaus herzlicher, sodaß man sich der Vermutung nicht entschlagen kann, daß irgend etwas am Werke ist. In der Tat meldet der Pariser „Figaro" aus Petersburg, man lege in dortigen politischen Kreisen die gleichzeitige Anwesenheit der Ministerpräsidenten Pasitsch und Venizelos in der russischen Hauptstadt als ein deutliches Anzeichen dafür aus, daß unter den Auspizien Rußlands versucht werden soll, den alten Balkanbund zu neuem Leben zu erwecken. Man ist selbst in Petersburg außerordentlich über die ungewöhnlichen Ehrungen erstaunt, die dem Kronprinzen von Serbien seit seiner Ankunft bezeugt worden sind, und zwar sowohl von Seiten der kaiserlichen Familie als der militärischen Kreise Rußlands, die den Prinzen als Waffenbruder begrüßten. Auch Ministerpräsident Pasitsch gab seiner Freude über den ihm von den russischen Staatsmännern bereiteten Empfang Ausdruck. Dieser neue Balkanbund soll nicht nur Serbien und Griechenland in sich begreifen, sondern man rechnet trotz des letzten Krieges allem Anschein nach auch auf einen Anschluß Bulgariens. Dem „Matin" zufolge sollen die diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien in kürzester Zeit wieder aufgenommen werden. Die Regierung in Sofia hat die griechische Staatsleitung um ihre Einwilligung zur Ernennung eines neuen bulgarischen Geschäftsträgers in Athen gebeten, und zwar will man auf diesen Posten den bisherigen Generalsekretär im Ministerium des Innern Paßarow setzen. Ein derartiger Balkanbund bietet mancherlei Gefahren in sich, insbesondere wenn er, wie es den Anschein hat, unter russischer Führung steht, eine Konstallation, die leicht auch auf internationalem Gebiete ihre Rückwirkung ausüben kann. Rußland kann dadurch in die Lage kommen, seinen Einfluß auf dem Balkan wieder an die erste Stelle zu rücken, und es liegt auf der Hand, daß das wieder andere Mächte auf den Plan rufen muß. So bietet immer wieder der Balkan einen Herd von Komplikationen, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Deutsch-englische Verständigung.

Nach Londoner Meldungen soll zwischen Deutschland und England über die beiderseitigen Einflußsphären in den portugiesischen Kolonien eine provisorische Verständigung bereits erzielt sein. In diplomatischen Kreisen will man wissen, England habe Deutschland das Recht zugestanden, Angola und den Südkongo wirtschaftlich auszubeuten, während Deutschland hierfür England die Ausnutzung von Mozambique garantiert. Man weiß, daß diese Verhandlungen seit Monaten schweben, ohne daß sie so recht vom Fleck kommen wollten, trotzdem auf beiden Seiten der beste Wille hierzu von jeher dagewesen ist. Ursprünglich glaubte man, es handele sich darum, daß Portugal seinen ausgedehnten Kolonialbesitz aufgeben wolle und daß Deutschland und England beabsichtigten, sich gegen entsprechende Geldentschädigung und unter gegenseitiger Verständigung in den Besitz dieser Kolonien zu setzen. In Portugal entstand hierüber einige Erregung, bis von Seiten der Regierung erklärt wurde, man denke nicht daran, den Besitz aufzugeben, es handele sich nur darum, wirtschaftliche Konzessionen zu machen. Im Grunde genommen ist da kein allzugroßer Unterschied vorhanden, Portugal bleibt nominneller Besitzer, während die wirtschaftliche Ausnutzung der betreffenden Gebiete England und Deutschland überlassen werden soll. Bekanntlich war bereits in den 90er Jahren ein deutsch-englischer Afrikavertrag abgeschlossen worden, der aber niemals veröffentlicht worden ist und überhaupt nicht in Kraft trat. Bei den jetzigen Verhandlungen zwischen London und Berlin handelt es sich darum, jene Vereinbarungen nach dem heutigen Stande der Dinge zu modifizieren und etwas Brauchbares zu schaffen. Es fragt sich nun, ob die Zugeständnisse, die sich beide Staaten machen, gleichwertig sind und ob Deutschland nicht dabei wieder einmal übers Ohr gehauen wird. Ein endgültiges Urteil wird man heute noch nicht abgeben können, bevor die ganze Angelegenheit bis in alle Einzelheiten geregelt ist, und so weit ist man allem Anschein nach noch nicht, da es hierzu vor allen Dingen ja auch noch des portugiesischen Einverständnisses bedarf. Immerhin aber kann eine Verständigung zwischen Deutschland und England über die portugiesischen Besitzungen in Afrika nur begrüßt werden, und es wäre zu wünschen, daß wir uns auch sonst noch wegen der beiderseitigen Besitzungen über wirtschaftliche Fragen verständigten, um allen Reibungen vorzubeugen.

Deutscher Reichstag.

208. Sitzung vom 7. Februar, 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. **Delbrück.**

Die Einzelberatung des

Etats für das Reichsamt des Innern

wird mit der Besprechung über die **Ausführung des Kaligesetzes** fortgesetzt.

Es liegt ein Antrag v. **Gescke** (kons.), Erzberger (Zentr.) und Dr. Bärwinkel (natl.) vor, den Fonds zur Hebung des Kalialabsatzes im Auslande, den die Kommission bereits um 900 000 ℳ erhöht hat, um weitere 500 000 ℳ zu erhöhen, dafür aber die von der Kommission neu eingesetzten 500 000 ℳ für Ausstellungs- und Propagandazwecke in San Franzisko zu streichen.

Berichterstatter v. **Gescke** (kons.): Die Kommission hat sich mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Novelle zum Kaligesetz in ihrer allgemeinen Aussprache eine gewisse Behandlung auferlegt. Die Notwendigkeit einer solchen Novelle wurde allgemein anerkannt. Sie ist notwendig, um den unserer Kaliindustrie aus der unbegrenzten Vermehrung der Werke drohenden Gefahren zu begegnen. Der Bitte des Kalisyndikats um Einstellung von Mitteln für die Auslandspropaganda und um Rückerstattung der bisherigen Mehraufgaben des Syndikats für diese Zwecke hat die Kommission entsprochen. Die Rückerstattung ist allerdings nicht im vollen Umfange erfolgt, weil sich das Syndikat nicht in den Grenzen des Etats gehalten hat. Die Kommission trug aber Billigkeitserwägungen Rechnung.

Abg. **Sachse** (Soz.): An der Verzögerung der vom Reichstage so oft geforderten Kaligesetznovelle sind nur die Syndikatsherren schuld. Die Vermehrung der Werke schreitet rapide fort, trotzdem einige große Werke allein den ganzen Bedarf decken könnten. Jetzt sind auch in Baden Kalilager gefunden worden. Auch vom Auslande ist allmählich eine Konkurrenz zu befürchten. Dem muß die Gesetzgebung Rechnung tragen. Wir werden beantragen, daß alle Arbeiter und Angestellten, die auf diese Weise beschäftigt werden, entschädigt werden. Ihnen auf den neuen Werken in Elsaß anzubieten, ist der reine Hohn. Auch die fiskalischen Werke beteiligen sich an diesen Machinationen. Es sind sogar Umgehungen des Gesetzes vorgekommen. An diesen hat sich ein deutscher Bundesfürst, der Herzog von Gotha, oder doch dessen Verwaltung beteiligt. Ich habe das in der Kommission einen Verstoß genannt und wiederhole das hier. — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. **Kaempf:** Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Sachse** (Soz.): Die Arbeiterfürsorge ist allüberall wie im deutschen Bergbau schlecht. Das kommt von der Ueberschußwirtschaft, die auch die fiskalischen Werke treiben. Auf der anderen Seite übt die Landwirtschaft Klage über hohe Kalipreise. Daß in San Franzisko Propaganda gemacht wird, halten wir für notwendig. Die Landwirtschaftskammern mit Interessenvertretungen wollen wir aber nicht unterstützen. Hier muß die Regierung scharf aufpassen. Allen Mißständen des Kalibergbaues kann nur die Verstaatlichung ein Ende machen.

Unterstaatssekretär **Richter:** Der Vorredner hat geglaubt, einem Bundesfürsten eine betrügerische Handlung vorwerfen zu können. Der Präsident hat den Ausdruck bereits gerügt. Damit ist der Vorfall formell erledigt. Ich möchte aber auch tatsächlich den Umfang des Vorwurfes darlegen. Die anhaltische Regierung hat sich bei Vertragsschluß in gutem Glauben befunden. Der Herzog selbst hatte von dem Vorgehen seiner Schatullenverwaltung keine Ahnung. Was die anhaltische Regierung betrifft, so ist auf Grund des § 12 des Gesetzes festgestellt, daß sie des Glaubens sein konnte, derartige Verträge abschließen zu dürfen. Die gegenwärtige Fassung des Paragraphen kann zu Mißverständnissen und Zweideutigkeiten Anlaß geben, und es ist tatsächlich schon vorgekommen, daß ein Bundesstaat sich an einem Kaliwerk beteiligte, das in einem anderen Bundesstaate liegt. Selbstverständlich besteht ein Unterschied darin, ob ein Werk erworben wird, um es fortdauernd auszubeuten, oder ob sich der Staat nur vorübergehend daran beteiligen will. Darüber entscheiden dann die zuständigen Instanzen. Tatsächlich wäre es wünschenswert, wenn eine Novelle recht früh an den Reichstag hätte gebracht werden können. Dem standen aber große Schwierigkeiten entgegen. Die Bundesstaaten waren sehr schwer auf einer einheitlichen Grundlage zu vereinigen. Ich hoffe in allernächster Zeit die Novelle dem Hause vorlegen zu können. Wenn wir verstaatlichen wollten, dann würden die Kurse sehr schnell in die Höhe gehen. Heute schon wäre die Verstaatlichung viel schwieriger, als sie es noch vor einiger Zeit war. Ueber die Verwendung der Propagandagelder hat das Kalisyndikat neuerdings eine Denkschrift ausgearbeitet, aus der sich ergibt, daß neue Bedenken gegen die Verwendung der Propagandagelder nicht vorgebracht worden sind. Gegenüber den Beschwerden über eine Reihe ostpreußischer Unternehmungen möchte ich betonen, daß ich geradezu überrascht war von der ausgezeichneten Art und den glänzenden Erfolgen, mit denen die dortigen Propagandademonstrationen unternommen worden sind. Das Reichsamt des Innern hat sich auf das entschiedenste geweigert, den Fischereivereinen für die von ihnen beabsichtigten Versuche Mittel zu bewilligen, ehe nicht wissenschaftlich nachgewiesen ist, daß diese Versuche für den Kaliverbrauch von Bedeutung sind. Die Frage, ob bei der Abfassung der Tarifverträge die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten wurden, ist von der Verteilungsstelle eingehend geprüft worden. Die Frage ist zu bejahen, die Arbeitervertreter selbst haben das anerkannt. Gegenüber den schweren Vorwürfen, die der Abg. Dr. Hargy wegen Benachteiligung der elsaß-lothringischen Werke erhoben hat, stelle ich fest, daß die Beteiligung der elsässischen Werke weit über dem allgemeinen Durchschnitt liegt und speziell den Durchschnitt der preußischen Werke bedeutend übertrifft. Wenn ein Mitglied dieses Hauses so schwere Vorwürfe gegen Beamte erhebt, die ihrer Pflicht und ihrem Eide getreu ihr Amt verwalten, so müßte es doch über die tatsächlichen Grundlagen besser unterrichtet sein. Ich fühle mich berufen, die betreffenden Beamten gegen diese schweren Vorwürfe mit aller Entschiedenheit in Schutz zu nehmen. (Beifall.)

Abg. **Erix** (Zentr.): Die Kaliindustrie kann vor einer Katastrophe nur bewahrt werden, wenn man neue Absatzmöglichkeiten schafft. Der Absatz im Auslande ist noch erheblich zu vermehren. Unser Naturmonopol an Kali muß so fest aufgebaut werden, daß es etwaigen Angriffen aus dem Auslande gerüstet gegenübersteht. Darum sind wir für die Erhöhung der Mittel für die Auslandspropaganda. Im Inlande, in der Landwirtschaft haben wir eine ungeheure Steigerung des Kaliabsatzes zu erwarten. Die Oedländereien können ohne Kali gar nicht kultiviert werden. Die Anbaufläche in Deutschland wird vergrößert werden müssen. Wir müssen auch mehr Gemüse bauen. Das alles ist ohne Kali nicht möglich. Darum sind wir dafür, daß für Versuche mit dem feldmäßigen Gemüsebau 200 000 ℳ ausgeworfen werden. Das Inland ist also für Kali durchaus aufnahmefähig. Leider wird die Kali-Propaganda vielfach falsch betrieben. Es liegt auch die Gefahr vor, daß das Syndikat an erster Stelle auf sich selbst Rücksicht nimmt und erst an zweiter Stelle auf die deutsche Volkswirtschaft. (Sehr richtig!) Deshalb darf der Reichstag sich die Kontrolle über die Propaganda und die Tendenz der Propaganda nicht aus der Hand winden lassen. Mit aller Zähigkeit halten wir auch an der Inlandspropaganda fest. Durch die Absatz der Einlagen in die Flußläufe gehen unserer Volkswirtschaft nicht geringe Werte verloren.

Abg. Dr. Bärwinkel (natl.): Als wir im Kaligesetze beschlossen, die Einnahmen aus den Abgaben und die Ausgaben für die Kalipropaganda in den Etat einzusetzen, wußten wir nicht, daß wir damit ein Kuckucksei in den Etat des Innern legten. Jetzt haben die Syndikatsherren Schwierigkeiten, den ausgebrüteten Kuckuck zu füttern. Aber auch das Reichsamt des Innern und der Reichstag haben keine Freude an diesem Vogel. Natürlich geht es nicht an, den angesammelten Fonds für andere Zwecke zu verwenden, als es gesetzlich bestimmt ist. Für die erhöhten Propagandagelder werden wir stimmen. Wir müssen unsere Industrie unbedingt konkurrenzfähig erhalten. Wir werden den uns in Aussicht gestellten Entwurf sehr eingehend prüfen, für eine neuerliche Durchberatung sind wir nicht zu haben.

Abg. Gothein (fortschr.): Vor allem wäre es erforderlich, daß uns die Novelle vor dem Etat zugeht, damit wir die Reden nicht zweimal zu hören und zu halten brauchen. Ich glaube gewiß, daß der Herzog von Gotha nichts von der ganzen Sache weiß. Aber er sollte verhindern, daß sein Name zu solchen Scheingeschäften verwendet wird. Er hat seine glückliche Hand bei der Wahl seines Vermögensverwalters gehabt. Wir haben ja gesehen, wie auch andere Fürstlichkeiten Dilettanten als Vermögensverwalter anstellen, wie das beim Fürstenkonzern zutage trat. Es ist eine für uns fast unmögliche Aufgabe, die Verteilung der Propagandagelder hier im Reichstage vorzunehmen. Dieser Titel ist zu unbestimmt. Wir sollten vielmehr die Verwendung des Kalipropagandafonds dem Syndikat überlassen und uns jährlich darüber Bericht erstatten lassen. Das ist besonders für die Auslandspropaganda notwendig, die wir doch nicht beurteilen können. Die Erhöhung des Fonds billigen wir vollkommen, damit eine Auslandspropaganda betrieben werden kann. Auch wir wünschen, daß uns die Kalinovelle so bald wie möglich zugeht.

Abg. v. Brockhausen (kons.): Die baldige Einbringung der Novelle ist notwendig. Wir stimmen dem Antrage zu. Die Erhöhung des Propagandafonds ist durchaus gerechtfertigt. Wir legen aber Verwahrung ein, wenn man behauptet, daß wir uns durch das Kalisyndikat haben beeinflussen lassen. Die Auslandspropaganda ist sehr wichtig. Man kann dem Kalisyndikat allgemeine Richtlinien geben, im übrigen aber muß es freie Hand haben. Wir bedauern, daß durch die Auslandspropaganda nicht mehr erreicht worden ist und hoffen auf bessere Erfolge in den nächsten Jahren. Die Inlandspropaganda bedarf größerer Förderung. Leider sind die Ueberschreitungen wohl dem Kalisyndikat erstattet worden, aber nicht den landwirtschaftlichen Organisationen. Den feldmäßigen Gemüsebau zu unterstützen, sind wir gern bereit. Die Frage der Empfängerproben muß erneut geprüft werden. Der Verteilungsstelle und der Berufskommission kann man dankbar sein für ihre unparteiische Tätigkeit. (Beifall rechts.)

Nach weiterer kurzer Aussprache schließt die Beratung. Die Abstimmung findet am Montag statt.

Das Haus vertagt sich.

Montag 2 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag

Abgeordnetenhaus.

Das Preußische Abgeordnetenhaus führte am Samstag die Beratung des Justiz-Etats fort.

Die Abgg. Drinnenberg (Ztr.) und Mathis (Ntl.) wünschten eine Besserstellung der Kanzlisekretäre.

Abg. Dr. Cremer (Natl.) sprach sich für Einschränkung des Hilfsrichterwesens aus.

Ihm entgegnete Justizminister Dr. Beseler, daß der Etat neue Richterstellen vorsehe, womit hoffentlich viel gebessert werden könne. Ueber die anderweitige Organisation der Gerichte im Industriebezirke schwebten bereits Erwägungen.

Abg. Wildermann (Ztr.) beantragte, auf die Errichtung eines Landgerichts in Recklinghausen Bedacht zu nehmen.

Die Abgg. Hasenclever, Dinslage, Brust (Ztr.) sprachen sich ebenfalls dafür aus.

Abg. Hue (Soz.) wünschte überhaupt eine stärkere Vermehrung der Gerichte im Industriegebiet.

Abg. v. Gescher (kons.) hielt namentlich auf die schnelle Erledigung von Streikausschreitungen die Vermehrung der Gerichte für notwendig. Die Wahl der Orte könne man der Regierung überlassen.

Abg. Mathis (Natl.) ersuchte, in den nächsten Etat Mittel einzustellen für Verbesserung der Dienstgebäude in Frankfurt a. O. Die Errichtung eines Amtsgerichts in Gevelsberg beantragte Abg. Dr. Crüger (Fortschr.).

Der Justizminister sagte möglichste Berücksichtigung dieser Wünsche zu.

Abg. Dr. Becker (Ztr.) wünschte im Interesse der ländlichen Bevölkerung des Siegkreises eine Dezentralisation der Gerichte.

Abg. v. Bonin-Stormarn (freikons.) erbat ein zweites Amtsgericht in der Umgebung Reinbeks.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) versuchte den Fall der angeblichen unschuldig verurteilten Witwe Hamm in Flandersbach aufzurollen.

Das sei nicht mehr bei der Einzelberatung zulässig, erklärte Vizepräsident Dr. Krause und rief den Abg. Dr. Liebknecht mehrmals zur Sache. Auf Befragen erklärte sich das Haus gegen die Besprechung von Einzelfällen. Das könne nur in der Generaldebatte geschehen.

Unter heftigen Pfuirufen und Lärm nahmen die Sozialdemokraten das Ergebnis der Abstimmung entgegen.

Vizepräsident Dr. Krause rief dafür die Abgg. Hofer, Paul und Adolf Hoffmann, Ströbel und Hänisch (Soz.) zur Ordnung.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.), der mit den Worten die Tribüne verließ: Sie haben sich zur Krupp-Korruption bekannt, wurde gleichfalls zur Ordnung gerufen.

Abg. Braun (Soz.) versuchte ebenfalls, einzelne Fälle von Klassenjustiz zur Sprache zu bringen.

Nach langer, ziemlich erregter Geschäftsordnungsdebatte lehnte das Haus dies ab.

Daraufhin begründete Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) einen Antrag, der den Minister ersuchte, den Staatsanwalt anzuweisen, die Witwe Hamm in Flandersbach aus der Haft zu entlassen.

Der Justizminister erklärte, daß die Regierung einen solchen Antrag nicht annehmen könne, denn er bedeute nicht nur einen Eingriff in die Exekutive, sondern auch in die verfassungsmäßigen Rechte des Königs. Ueber Schuld oder Unschuld habe allein das Gericht zu entscheiden.

Abg. Grundmann (kons.) bat, den Antrag abzulehnen, da er einen Druck bedeute und das Abgeordnetenhaus ja nicht in der Lage sei, das Urteil und das Material nachzuprüfen.

Gegen den Antrag sprachen ferner die Abgg. Dr. Ehlers (Fortschr.) und Ilschert (Ztr.), Gottschalk (Natl.).

Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Anträge auf Errichtung neuer Amtsgerichte im rheinisch-westfälischen Industriegebiete wurden der Justizkommission überwiesen.

Nach weiterer kurzer Debatte, die nur Sonderwünsche zutage förderte, wurden mehrere Titel bewilligt und der Justiz-Etat erledigt.

Montag 11 Uhr: Etat des Innern. — Schluß 5 Uhr.

Aus dem hess. Landtag.

Von der Ersten Kammer der Stände.

Der Antrag des Finanzausschusses der Ersten Kammer auf Beschränkung der Zuständigkeit der Notare in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen ist in der Form eines Initiativ-Gesetzentwurfs dem Bericht des Finanzausschusses über die Besoldungsvorlage beigefügt und mit einer längeren Begründung versehen worden. Es wird darin näher dargelegt, daß bei der Beurkundung von Grundstücksverkäufen, Hypothekenerrichtung und anderen Geschäften des Immobilienverkehrs das Auseinanderhalten der Tätigkeit des Grundbuchrichters und des Urkundenbeamten eine wirtschaftliche Kräftevergeudung bedeute, weil fast die gleiche Arbeit zweimal geleistet werden müsse. Deshalb erscheine es einmal vom Standpunkt der Vereinfachung der Staatsverwaltung und auch mit Rücksicht auf die hierdurch zu erwartende Einnahme für die Staatskasse gerechtfertigt, die Zuständigkeit der Notare in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen hinsichtlich der Beurkundung auf dem Gebiete des Grundbuchverkehrs auszuschließen und die ausschließliche Zuständigkeit der Amtsgerichte hierfür gesetzlich zu konstruieren. Die Begründung führt weiter aus, daß durch die beantragte Neuordnung, vielleicht von einigen Ausnahmen in den Städten abgesehen, eine Richtervermehrung überhaupt nicht in Betracht kommen würde. Die Erstreckung dieses Antrages auf die Provinz Rheinhessen würde dem Staate weitere erhebliche Vorteile zuführen, da nach den früheren Ermittelungen die notariellen Beurkundungsgebühren für Immobiliarsachen dort rund 240 000 Mark jährlich betragen. Man glaubte aber, die Gewohnheiten der rheinischen Bevölkerung schonen und ihr überlassen zu sollen, allmählich die Vorzüge der richterlichen Immobiliarbeurkunden

Tagesübersicht.

Deutsches Reich.

:: **Keine Garnisonsvermehrung in Zabern.** Wie bekannt, war der Stadt Zabern eine Garnisonsvermehrung zugedacht; es sollte eine Abteilung Feldartillerie dorthin verlegt werden. Wie bekannt, haben sich seit der Heeresvermehrung in Zabern Vorfälle abgespielt, die es nicht sonderlich opportun erscheinen lassen, Zabern die materiellen Vorteile, die jede Garnisonsvergrößerung mit sich bringt, zufließen zu lassen. Man hat daraus jetzt die Folgerungen gezogen. Der Draht meldet: Aus Zabern wird der „Straßburger Post" gemeldet: Am 1. Oktober d. J. sollte die Zaberner Garnison bekanntlich eine Verstärkung durch eine Abteilung Artillerie erhalten. Die Vorarbeiten waren bereits soweit gediehen, daß hinter den Kasernen des 1. Bataillons Grund und Boden fest angekauft und das Gelände für die zu errichtenden Gebäulichkeiten bereits abgesteckt war. Auch der Steinburger Exerzierplatz hatte durch den Ankauf von Ackerland bereits eine bedeutende Vergrößerung erlangt. Nach einer Mitteilung der Militärbehörde wird die geplante Verstärkung der Garnison nun endgültig unterbleiben. Sämtliche Kosten, die durch die Abschließung der Kaufverträge usw. bis heute entstanden sind, werden durch den Militärfiskus gedeckt werden. — So ist's recht!

.: **Italienreise Kaiser Wilhelms.** Wie die „Liberte" aus Rom erfährt, wird Kaiser Wilhelm bei seiner Frühjahrsfahrt nach Korfu sich zunächst nach Italien begeben und König Viktor Emanuel einen Besuch abstatten. In Rom wird ein offizieller Empfang stattfinden. Darauf wird sich der Kaiser nach Neapel begeben, um sich an Bord seiner Yacht „Hohenzollern" einzuschiffen.

:: **Die türkische Anleihe bei Krupp.** Zu den Verhandlungen zwischen Krupp und der Türkei erfährt der Konstantinopeler Korrespondent der „Frankf. Ztg." verläßlich, daß die in einer vorhergegangenen Meldung des „Tanin" geschilderte Sachlage den Tatsachen entspricht, daß es sich also lediglich um die Konsolidierung der fälligen Verpflichtungen in Form einer Anleihe handelt. An diese Verpflichtungen für bereits erfolgte Lieferungen ist neben Krupp die Waffen- und Munitionsfabrik beteiligt. Die Verpflichtungen betragen etwa 23 Millionen Mk. Dies wird voraussichtlich auch der Betrag der Anleihe sein, die durch gute Pfänder garantiert wird.

Spanien.

:: **Meeting der Anhänger Mauras.** Ein Meeting wurde gestern von den Parteigängern des konservativen Führers Mauras veranstaltet. U. a. war auch der Abgeordnete Osorio erschienen und hielt eine warme Lobrede zugunsten Mauras. Bekanntlich war Osorio während der blutigen Unruhen von 1909 Gouverneur von Barzelona. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen und zerstreute wiederholt vor Beginn der Versammlung Gruppen von Sozialisten, die sich drohend zusammengerottet hatten. Die Versammlung verlief ruhig. Im Augenblicke jedoch, als Osorio nach Schluß des Meetings in seinem Automobil fortfahren wollte, wurden 12 Revolverschüsse abgefeuert, die indessen sämtlich ihr Ziel verfehlten. Es kam zwischen den Parteigängern Mauras, die ein Hoch auf diesen ausbrachten, und den Sozialisten zu einem blutigen Handgemenge. Es wurden noch wiederholt Schüsse auf Automobile abgegeben, in denen man Mauras vermutete. Ein Polizist wurde tötlich getroffen und sechs Manifestanten schwer verletzt. 19 Personen wurden verhaftet.

Vom Balkan.

:: **Die Antwort der Dreibundmächte auf die Note Sir Edward Greys.** Die „Wiener Allg. Zeitung" meldet offiziös: Die Vertreter der Dreibundmächte in London haben dem englischen Kabinett die Antwort der Dreibundmächte auf die Note Sir Edward Greys mündlich abgegeben. In dieser Antwort werden die Vorschläge Sir Edward Greys prinzipiell angenommen. Die Frist zur Räumung Albaniens wurde für die Zeit vom 1. bis 31. März anberaumt. Die Zuteilung der ägäischen Inseln wird nach dem Vorschlage Sir Edwards Greys ebenfalls angenommen. Ferner wurde erklärt, daß die Dreibundmächte bereit seien, sich mit der englischen Regierung und den anderen Mächten über jene Schritte zu einigen, welche notwendig waren, um den Beschlüssen der Mächte Geltung zu verschaffen. Die österreichisch-ungarischen Vertreter in Athen und Konstantinopel wurden angewiesen, sobald die Vertreter der anderen Mächte gleichlautende Instruktionen erhalten haben, den Inhalt der Beschlüsse der Mächte den Kabinetten von Athen und Konstantinopel zur Kenntnis zu bringen.

:: **Revolte an Bord eines türkischen Dampfers.** Aus Cherbourg wird gemeldet: Der türkische Transportdampfer „Altay", der erst vor einiger Zeit in England gebaut worden ist, hat vorgestern den Hafen auf dem Wege nach Konstantinopel anlaufen müssen, da an Bord eine Meuterei ausgebrochen war. Unter der 30 Mann starken, aus Deutschen, Engländern, Franzosen und Türken bestehenden Besatzung befand sich auch ein Araber namens Ibrahim Berpk, der von der übrigen Mannschaft oft bei der Verrichtung seines Gebets behelligt wurde. Es kam schließlich zwischen ihm und einem Deutschen namens Hoffmann zu einem Handgemenge, das zu einer allgemeinen Revolte führte. Der Kapitän war machtlos und sah sich schließlich gezwungen, Cherbourg anzulaufen, um die Hilfe der verschiedenen Konsulate in Anspruch zu nehmen. Vier der Rädelsführer wurden in Ketten gelegt.

:: **Die neue albanische Leibgarde.** Die Leibgarde des künftigen Fürsten von Albanien ist nun beinahe vollständig organisiert. Sie besteht aus 200 Mann, die allen Distrikten Albaniens entnommen und modern ausgerüstet sind. Mit ihrer militärischen Ausbildung wurde bereits begonnen. Die Truppe besteht durchweg aus großen prachtvollen Gestalten, die eine gut repräsentierende Garde abgeben dürften, um vor dem Schlosse einen schönen freien Platz zu bekommen, der zugleich einen schönen Ausblick bietet, wurden die nach dem Hafen liegenden Sanitätsgebäude abgerissen.

Mexiko.

:: **Das mexikanische Chaos.** In London aus Mexiko eingelaufene Telegramme berichten von der Aufdeckung eines neuen, gegen den Präsidenten Huerta gerichteten Komplotts. Regierungstruppen unternahmen einen Angriff auf das Dorf Santa Clara, wo sich die Verschwörer nach der Entdeckung ihres Komplottes verborgen hielten; die Verhafteten wurden sofort vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Wenige Stunden später wurden sie erschossen. Es verlautet, daß sich unter den Hingerichteten auch mehrere Offiziere befinden. Da man einen Staatsstreich befürchtet, werden die Truppen in den Kasernen zurückgehalten. Auch das Artilleriequartier wird besonders scharf bewacht und vor dem Palais des Präsidenten sind die Wachen verdoppelt worden.

Versammlung

Dienstag, 10. Februar, abends 8 Uhr, in

Kaichen

bei Gastwirt Heinrich Nolte.

Redner: Landtagsabgeordneter Dr. v. Helmolt und Redakteur Hirschel.

Zahlreicher Besuch willkommen.

Aus der Heimat.

* **Friedberg, 9. Febr.** Eine Trauerkunde durcheilte heute früh unsere Stadt. Einer unserer ältesten und beliebtesten Mitbürger, Herr Gust. Preusser ist nicht mehr! In der vergangenen Woche warf ihn, den 75-jährigen, ein Schlaganfall auf das Krankenlager, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Der Verstorbene entstammte einer alten und angesehenen Familie Friedbergs, eine in der Familie bewahrte Chronik reicht auf Jahrunderte zurück, sein Vater ist Bürgermeister der Stadt gewesen. Der Verstorbene widmete sich der Landwirtschaft, seit längeren Jahren aber hat er sich in den Ruhestand zurückgezogen. Gustav Preusser war ein biederer, aufrechter Mann, national und deutsch gesinnt und man kann getrost sagen, daß mit ihm ein Stück alten Friedbergertums in's Grab sinkt. Die Reihen der „eisernen Brigade" lichten sich immer mehr... Seine zahlreichen Freunde werden den braven Mann nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren immerdar. Friede seiner Asche!

* **Friedberg, 9. Febr.** Die ursprünglich auf heute Abend angesetzte evangelische Männerversammlung muß auf acht Tage verschoben werden.

* **Friedberg, 9. Febr.** Finanzrat Georg Hoos von hier ist vom 1. April 1914 ab an das Finanzamt Heinheim versetzt.

* **Friedberg, 9. Febr.** Hermann Bakof, ehem. Mitglied des königl. bayerischen Hoftheaters und langjähriger Oberregisseur des großh. Kurtheaters in Bad-Nauheim und des

Stadttheaters in Gießen, hält am Donnerstag, den 19. Febr. im Hotel Trapp, einen Vortragsabend. Der Künstler wird durch seine Tätigkeit in Bad-Nauheim, auch den hiesigen Kunstfreunden kein Fremder sein, gehörte Herr Bakof doch seinerzeit zu den beliebtesten Mitgliedern des Kurtheaters und feierte in Rollen wie z. B. als Christoph Bott in „Glaube und Heimat", „Onkel Brüsig", „Herr Senator", „Sherlock Holmes" usw. wahre Triumphe. Für seine Rezitationen hat sich der Künstler ein weites Feld gewählt, und neben Shakespeare, Schiller, Goethe, finden wir auch die Namen der modernen und modernsten Dichter und für die große Tragik, wie für heiteren, behaglichen und geistreichen Humor weiß er aktuelle Töne zu finden. Besonders hervorzuheben sind in uns vorliegenden Zeitungsstimmen seine Meisterschaft in der Wiedergabe Venterschen Humors und speziell sein „Onkel Brüsig" wird zur allerbesten gezählt. Der Abend mit seinem reichhaltigen und abwechselungsreichen Programm verspricht ein äußerst genußreicher zu werden, sodaß ein Besuch allen Kunstfreunden aufs wärmste empfohlen werden kann.

* **Friedberg**, 9. Febr. Der Evangelische Kirchengesangverein hielt am verflossenen Mittwoch seine Hauptversammlung ab. In der Berichterstattung konnte der Vorsitzende Pfarrer Kieberger betonen, daß das Jahr 1913 von großem Fleiß zeugt, den es fanden darin 47 Uebungen statt. Es wurde wiederholt eingeübt das große Passionsoratorium von C. Loewe, neu eingeübt 2 Chöre aus „Luther" von Müller-Hartung und die prächtige Weihnachtskantate „Die heilige Nacht" von Karl Seiffert. Ferner wurden eingeübt der 100. Psalm von Mendelssohn, der große Chor „Singet dem Herrn ein neues Lied" von Faißt, 6 geistliche Volkslieder, 2 Choräle und einige weltliche Lieder. Dementsprechend war auch seine Betätigung eine sehr zahlreiche und mannigfaltige. Im öffentlichen Gottesdienst wirkte er 5 mal mit. Er veranstaltete 2, wenn man die liturgische Weihnachtsfeier mit einbezieht, 3 Kirchenkonzerte, 4 mal trat er bei besonderen Gelegenheiten auf, so beim Deutschen Abend und bei einem Vaterländischen Abend im Saalbau, bei der Jahresversammlung des Hess. Pfarrvereins und bei dem Jahresfest des Wetterauer Zweigvereins der G. A.-Stiftung im Saal des Hotel Trapp. Nach auswärts ging er zweimal, zuerst zur Mitwirkung beim 7. Jahresfest der Wetterauer Kirchengesangvereine in Nieder-Wöllstadt und hernach zu dem prachtvollen sonnigen Sonntagsausflug nach Wingershausen, an dem auch der Posaunenchor mit 8 Mitgliedern, zusammen gerade 50 Personen teilnahmen. Die Mitgliederzahl, die nach dem vorigen Bericht von 73 auf 64 herabgesunken war, ist erfreulicher Weise im vorigen Jahr wieder auf 79 gestiegen. Die Zahl seiner inaktiven Mitglieder betrug Ende 1912: 105 und ist jetzt auf 111 gestiegen. Das ist ein erfreuliches Zeichen von der Wertschätzung, die der Kirchengesangverein in unserer evangelischen Gemeinde genießt. Der Verein ist den inaktiven Mitgliedern für ihre Jahresbeiträge ganz besonders dankbar, einmal deshalb, weil sie ihm ermöglichen halfen, auch auswärtige tüchtige Solokräfte heranzuziehen und sodann, weil durch ihren Zuschuß zu den laufenden Vereinskosten den Aktiven kein zu großer Beitrag braucht angenommen zu werden. Für die nächste Zeit ist die Veranstaltung einer Abendmotette mit Passionsmotiven und für später die Aufführung eines größeren Tonwerks von Surro geplant.

* **Bauernheim**, 9. Febr. Die Hunde, die in der Mittwochnacht in die auf den hiesigen Wiesen befindliche Schafherde des Herrn Eß von Dorn-Assenheim eingebrochen waren und einige Schafe zerrissen hetten, haben in der Nacht von Freitag auf Samstag bedeutend schlimmer gehaust. Auf der ganzen Marktwiese zerstreut lagen die toten und schwerverwundeten Schafe, andere hinkten, traurig die Köpfe hängend, herum. Mit zwei Wagen wurden die Toten und Verwundeten zusammengefahren. 14 Tiere mußten, da sie sonst verendet wären, abgeschlachtet werden. Die herbeigeholten Polizeihunde konnten keine bestimmte Spur aufnehmen, jedoch sah man an den Fußabdrücken auf bedeckten Stellen, daß es sich um einen größeren und kleineren Hund handelte. Die mordwütigen Räuber sollen am Sonntag morgen von Herrn Bürgermeister Maul von Assenheim festgestellt worden sein.

* **Ockstadt**, 9. Febr. Karl Weber, bedienstet in Ockstadt, ersucht um Aufnahme folgender Berichtigung: Er habe mit der seiner Zeit gemeldeten Giftmordversuchsaffäre, die in der ganzen deutschen Presse verbreitet war, nicht das Geringste zu tun. Er sei weder bei Herrn Gg. Meuser in Diensten, noch in einer Erziehungsanstalt gewesen. Das Dienstmädchen sei zwar verhaftet worden, aber inwieweit dieselbe ein Verschulden treffe, würde das demnächst stattfindende Gerichtsverfahren zeigen. Die von uns gebrachte Notiz war uns von einem Friedberger Korrespondenten mitgeteilt worden.

* **Bad Nauheim** 9. Febr. Die Winterkurzeit hat recht rege eingesetzt; infolgedessen sind die Privathäuser und Hospize gut besucht. Das neue Militärkurhaus bietet nunmehr Raum für 70 Gäste. Gegenwärtig weilen meistens Südwestafrikaner zur Erholung hier.

* **Gießen**, 9. Febr. Nach Eröffnung der Sitzung im Prozeß Grünewald-Winkler, ermahnte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Müller die beiden Schöffen zu bedenken, daß sie heute das Amt eines Richters auszuüben hätten, daß hier diese Fragen mit politischem Beigeschmack zur Erörterung kämen und daß sie dessen unbeirrt durch ihre eigene politische Anschauung und Meinung nur das herauszunehmen hätten, was Recht sei. Der Beklagte benannte nun noch eine Reihe Sachverständiger, doch lehnte das Gericht die Vernehmung derselben ab und ebenso auch später die Vernehmung einer Reihe weiter benannter Zeugen aus früheren Grünewaldschen Prozessen. Die Ursache der Beleidigungen, um welche es sich heute handelt, ist zurückzuführen auf eine Verhandlung der zweiten hessischen Kammer vom Dezember 1912. Gelegentlich der Prüfung der Wahl des Abg. Kredel hatte Abg. Grünewald sein Amt in dem Wahlprüfungsausschuß, dem auch Abg. Winkler angehörte, mit dem Bemerken niedergelegt, die Mehrheit handle parteiisch und er wolle deshalb dem Ausschuß nicht mehr angehören. Abg. Winkler war darauf von der nationalliberalen Fraktion beauftragt worden, in der nächsten Sitzung gegen die Ausführungen Grünewalds zu protestieren. Hierbei war er mit Grünewald hintereinander geraten und letzterer hatte erklärt, er sei als Politiker und Anwalt ausgebildet, aber nicht als Kabarettkünstler. Winkler hatte hierauf erwidert, diese unter dem Schutze der Immunität gemachte Beleidigung sei eine Feigheit und er sei bereit, diesen Vorwurf auch außerhalb des Hauses zu wiederholen. Auf diese Bemerkung hatte Abg. Grünewald mit einem Zwischenruf erwidert, dann würde er dem Abg. Winkler außerhalb des Hauses hinter die Ohren schlagen. Nun hatte Abg. Winkler den Amtsrichter Schneider Nauheim gebeten, dem Privatkläger eine Forderung zu überbringen. Schneider hatte aber nur übernommene Vermittelungen vorzunehmen, aber in Rücksicht auf sein Amt die Ueberbringung einer Forderung abgelehnt. Er hat auch mit dem Abg. Grünewald verhandelt über eine gegenseitige Zurücknahme der Beleidigungen, letzterer hatte aber verlangt, daß Abg. Grünewald zuerst revoziere, und an dieser Bedingung waren die Verhandlungen vorerst gescheitert. Abg. Winkler hatte darauf noch zwei ältere Herren als Kartellträger gebeten, aber aus dem vom Amtsrichter Schneider erwähnten Grunde ebenfalls Ablehnung erfahren. Da nun eine Forderung binnen dreimal 24 Stunden gestellt sein muß, hatte Abg. Winkler seinen 21jährigen Verbindungsbruder cand. Landrie als Kartellträger zu Abg. Grünewald geschickt, dieser hatte ihn aber, weil er glaubte, nur mit einem älteren Herren verhandeln zu können, nicht empfangen. Bis hierher wurde alles zugeneidlich erwiesen. Jetzt aber wurde die Sache verwickelter, denn nach der Angabe des Abg. Grünewald glaubte er überhaupt nicht nötig zu haben, einen anderen Kartellträger anzunehmen, so lange ihm nicht die Mitteilung geworden, daß der Amtsrichter Schneider erteilte Auftrag zurückgezogen sei. Er hatte auch noch, nachdem Landrie nicht empfangen worden war und einen Referendar Braunwell geschickt hatte, mit dem Amtsrichter Schneider mehrereimal telephonisch verkehrt, dann den Kreisrat Wallau, Groß-Gerau, mit seiner Vertretung betraut und ihn gebeten, eine ihm zugehende Forderung anzunehmen. Kreisrat Wallau als Zeuge bestätigt dies mit dem Bemerken, daß er immer auf die Forderung seitens des Abg. Winkler gewartet hätte. Dieser jedoch erklärt mit der Ablehnung seines Kartellträgers Landrie habe Grünewald auch die gestellte Forderung abgelehnt und nach dem Komment sei es absolut ausgeschlossen, eine einmal abgelehnte Forderung noch einmal zu stellen. Daß Abg. Grünewald noch mit Amtsrichter Schneider habe verhandeln wollen, interpretiert Abg. Winkler dahin, daß dies nur geschehen sei, weil Amtsrichter Schneider dem Abg. Grünewald bei seinem Besuche gleich mitgeteilt habe, daß sein Auftraggeber ihm einen Antrag angesonnen, den er in Rücksicht auf sein Amt nicht angenommen habe. Hieraus erhebt Abg. Winkler den Vorwurf Abg. Grünewald habe nur mit Amtsrichter Schneider verhandeln wollen, weil er bestimmt gewußt habe, daß dieser ihm keine Forderung stellen würde. Inzwischen war es nun Januar geworden und nach und nach waren dann in verschiedenen freisinnigen und sozialdemokratischen Blättern, so in der „Frankfurter Zeitung", dem „Mainzer Tageblatt", der „Oppenheimer Landskrone", einem Offenbacher sozialdemokratischen Blatte und auch in verschiedenen Wochenblättern Notizen erschienen, welche geeignet waren, das Ansehen des Abg. Winkler herabzusetzen. Der Privatkläger behauptet hieran unbeteiligt zu sein und nur das geschrieben zu haben, was mit seinem Namen unterzeichnet sei. Abg. Winkler hat dann ebenfalls zur Feder gegriffen und in einer ganzen Anzahl Blätter Berichte veröffentlicht, welche wegen ihrer scharfen Form heute zur Anklage standen. Nach Erscheinen der ersten Winkler'schen Artikel hat Zeuge Kreisrat Wallau für Grünewald keinen anderen als gerichtlichen Auftrag der Sache für möglich gehalten. Die Zeugenaussagen, welche sich von nachmittags 1¼ Uhr bis abends 8 Uhr hinzogen, bestätigten im großen und ganzen den vorstehenden Tatbestand. (Schluß folgt.)

* **Lollar**, 9. Febr. Die landwirtschaftliche Absatz- und Bezugsgenossenschaft ist in Konkurs geraten.

* **Frankfurt a. M.**, 9. Febr. Direktor Albert Carree steht mit städtischen Großgrundbesitzern in Unterhandlungen wegen Ankaufs von Gelände zur Erbauung eines festen Zirkusgebäudes in Frankfurt, in dem die Zirkusvorstellungen jährlich abgehalten werden sollen. Die große Kälte hat dem Zirkus Carree einige Verluste gebracht. Obgleich die Stallungen so warm wie möglich gehalten sind, gingen dennoch zwei Lamas und ein Zebu ein. Außerdem hat der Marstall ein wertvolles Schulpferd infolge eines merkwürdigen Zufalles verloren. Das Tier war provisorisch bei einem Elephanten eingestellt worden und hatte den großen Kameraden wahrscheinlich versehentlich getreten. Der Elephant setzte aber die Sache anders auf und zog dem bedauernswerten Tiere die Stoßzähne in den Leib, so daß das Pferd bald darauf einging. Wie immer bei solchen Zufällen, handelt es sich um ein besonders wertvolles Tier.

Hessen-Nassau.

* **Höchst a. M.**, 9. Febr. Der 19jährige Fabrikarbeiter Ignatz Schöppner aus Hattersheim wurde am 27. Oktober v. Js. von seinem Vater wegen seines vielen Bierspendierens zur Rede gestellt. Schöppner jun. kam darüber mit seinem Vater ins Handgemenge, im Verlauf dessen Schöppner sen. einen Stich in die Hand und mehrere Stiche in die Kleider bezog. Schöppner jun. wurde wegen dieser Untat von den Höchster Schöffen mit 6 Wochen Gefängnis belegt. Diese Strafe hielt die Wiesbadener Strafkammer für durchaus am Platze.

* **Wiesbaden**, 9. Febr. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten stimmten die Stadtverordneten dem Projekt für die Errichtung einer Volksschule an der Lahnstraße zu, das einen Kostenaufwand von 421 000 Mark erfordert. Die nötigen Mittel wurden dazu bewilligt. Der Bau soll bis 1. April 1915 fertiggestellt sein und von da ab in Gebrauch genommen werden. — Wie weit sich der Begriff der Beihilfe zur Buchmacherei unter Umständen fassen läßt, zeigte sich in einem interessanten Streitfall, der vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Inhaber eines Zigarrengeschäfts in Wiesbaden, H. Bremser, betreibt nebenbei die Herausgabe von Depeschen über Rennresultate. Im Oktober v. J. ging ihm nun ein Brief zu, der einen vorgedruckten Kopf hatte: „Sport- und Bekleidungsartikel Sally Meyer in Luzern". In ihm wurde Bremser ersucht, folgende Anzeige auf seinen Depeschen anbringen zu lassen: Sally Meyer-Luzern. Verlangen Sie meine neuesten coulantesten Bedingungen. Etwa acht Tage brachte Bremser diese Anzeige, bis an ihm bedeutete, er mache sich strafbar, da er dadurch öffentlich zum Wetten aufforderte. Darauf unterließ es Bremser. Die von der Polizei demnach erstattete Anzeige erblickte in dem Verhalten des Bremser lediglich einen Verstoß gegen das Totalisatorgesetz gemäß der ihm gegebenen Verwarnung. Der Staatsanwalt ging noch weiter und erhob sogar Anklage wegen Beihilfe zur Buchmacherei, davon ausgehend daß Bremser wohl bewußt gewesen sei, daß er es nicht mit dem Sportartikelgeschäft Meyer, sondern mit dem bekannten Sport- und Wettbüro Sally Meyer in Luzern zu tun habe. Die Strafkammer verurteilte Bremser auch im Sinne der Anklage zur geringstzulässigen Strafe von einem Tage Gefängnis und will ihn obendrein auf die Gnadenliste setzen. Begründend wurde hervorgehoben, daß es nicht darauf ankomme, ob die Anzeige Erfolg gehabt und sich Personen an Sally Meyer gewandt hätten.

Aus Starkenburg.

* **Darmstadt**, 9. Febr. Festgenommen wurde durch die Kriminalpolizei der Althändler J. Schnitzer dahier, welcher der Hehlerei verdächtig ist. Man fand bei ihm versteckt verschiedene wertvolle Kostüme usw., welche im vorigen Jahre in einem hiesigen ersten Hotel einem Reisenden mit dem Koffer gestohlen wurden, ohne daß man den Täter bis jetzt fassen konnte.

* **Darmstadt**, 4. Febr. Festgenommen wurde durch die Kriminalpolizei der freche Räuber, der eine Dame anfiel und ihr die Tasche entriß. Es ist der 28 Jahre alte, in der Kirchstraße wohnende Schlosser Joh. Voos von hier, bei dem man sämtliche Gegenstände noch fand.

* **Darmstadt**, 9. Febr. Wegen schwerer Körperverletzung stand der jetzt zum Infanterieregiment 116 gezogene Musketier Fr. Reiß aus Heldenbergen unter Anklage. Vor seinem Diensteintritt war er in der Wagenbauanstalt von Kruck in Frankfurt in Arbeit und geriet mit einem Arbeitskollegen wegen eines Schweißapparates, in welchem jeder der Beiden eine Arbeit erledigen wollte, in Streit, wobei R. als er eine kleine Verletzung erhalten hatte, einen Hammer nahm und seinem Gegner auf den Kopf schlug, daß er 6 Wochen wegen seines verletzten Auges im Krankenhaus war. R. erhält eine Geldstrafe von 20 Mark ev. 4 Tage Haft. Er war bisher noch unbestraft.

* **Heppenheim a. d. B.**, 9. Febr. Der nach umfangreichen Veruntreuungen zum Nachteil der hiesigen Spar- und Kreditkasse seit langem flüchtige frühere Rechner Höhn ist nunmehr seitens der Vereinigten Staaten ausgeliefert worden und bereits im Untersuchungsgefängnis Darmstadt eingetroffen. Man hatte bekanntlich geraume Zeit nach dem Verschwinden von hier seinen Aufenthaltsort in Venezuela ermittelt, doch ging er von dort rechtzeitig flüchtig, bis man ihn zuletzt in Newyork entdeckte. Die unterschlagene Summe konnte aus den zurückgebliebenen Vermögensstücken (Immobilien und Ausstände usw.) ersetzt werden, so daß der Kasse kein dauernder Schaden erwachsen ist.

* **Von der Bergstraße**, 9. Febr. Ein eigentümlicher Diebstahl wurde im Zephyrwerk „Odenheim" bei Odenheim ausgeführt. Die Blechkassette wurde am Zahltage wie immer mit 2000 Mark Bargeld in einem Drahtseilbahnwagen nach dem Bruch befördert. Da tauchte plötzlich ein Mann auf, ergriff die Kassette und eilte davon. Trotzdem eine Jagd hinter dem Arbeiter nach dem Dieb anhub, verlief diese resultatlos. Des Diebstahls verdächtig, wird der Arbeiter Stephan aus Rohrbach verfolgt.

* **Bensheim**, 9. Febr. Ein unliebsamer Konflikt besteht zwischen unserem Kreisausschuß und dem Inhaber des Elektrizitätswerkes Auerbach O. C. Beck. Letzterer hat den Kreis teilweise mit Elektrizität versorgt. Jetzt ging ihm jedoch von dem Kreisausschuß die Nachricht zu, die Leitungen von den Kreisstraßen zu entfernen. Diese Maßregel ist die Folge einer Vereinbarung, nach der das Elektrizitätswerk Heppenheim unserm Kreis mit Elektrizität versorgen wird.

Vorbericht zum Frankfurter Fruchtmarkt.

Montag, den 9. Februar 1914.

Weizen, hiesiger und Wetterauer	Mk.	19.60—19.65
„ auf dem Lande abgeholt	„	19.40—19.50
Roggen, hiesiger und Wetterauer	„	16.25—16.30
„ auf dem Lande abgeholt	„	16.00—16.00
Gerste, neue	„	17.00—17.50
Hafer, hiesiger und Wetterauer	„	16.00—17.50
„ kurhessischer	„	00.00—00.00
Trockentreber		Mk.—.—

Tendenz: etwas fester.

Vorbericht zum Frankfurter Viehmarkt.

Montag, den 9 Februar 1914.

Auftrieb: 358 Ochsen, 64 Bullen, 771 Färsen, Kühe u. 241 Kälber, 202 Schafe, 2433 Schweine.

Frankfurter Wetterbericht.

Voraussage: Zunächst heiter, Nachtfrost, später Trübung, Erwärmung, meist trocken.

Verantwortlich für den politischen Teil: Otto Hirschel, Friedberg; für den lokalen und unterhaltenden Teil: Bernhard Lenz, Friedberg; für den Anzeigenteil: Karl Schmidt, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung", A.-G., Friedberg i. H.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass gestern abend 6¼ Uhr nach kurzem Leiden, unser lieber Bruder und Onkel

Herr Rentner

Gustav Preusser

in fast vollendetem 76. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Friedberg i. H., 8. Februar 1914.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt: Dienstag, den 10. Februar 1914, nachmittags 4 Uhr von dem Sterbehause, Kaiserstrasse 189.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Gatten, unseres Vaters, Schwiegervaters und Grossvaters sagt herzlichen

Dank.

Ockstadt, den 9. Febr. 1914.

Familie Ewald,
Kipp u. Leidecker.

Vergebung von Arbeiten und Lieferungen.

Nachstehende Arbeiten und Lieferungen, welche bei der Pflasterung einer Ortsstraße in **Dorheim** vorkommen, sollen vergeben werden und zwar die Pflasterarbeit 1363 qm die Lieferung von 160 cbm Schichtenpflastersteinen, 20 cbm rauhen Pflastersteinen, 150 cbm Grubensand und 3750 Ztr. Schlackensand, ferner das Anfahren des Schlackensandes, das Aufsetzen der Pflastersteine und das Sandmessen.

Die Vergebungsunterlagen können auf dem Amtszimmer des Unterzeichneten Bismarckstraße 32, eingesehen werden, wohin auch die Angebote verschlossen und postfrei bis zum Samstag, den 21. Februar l. Js., vormittags 10 Uhr abzugeben sind.

Friedberg, den 7. Februar 1914.

Der Großh. Kreisbauinspektor.
Wigler.

Saathafer Beseler II

wird abgegeben:

Zweite Absaat

100—900	Kilo	20.00	Mk.
1000—4900	„	19.50	„
5000—10000	„	19.00	„

Gegen Nachnahme ab Station Geiß-Nidda oder Hof. Säcke werden, wenn zugegeben für Selbstkostenpreis berechnet, aber nicht zurückgenommen. Der Hafer ist untersucht und hat 97% Keimfähigkeit ergeben.

J. Schuch, Hof Schleifeld
Post Dauernheim, Ober-Hessen.

Ernst Woerschel
Friedberg i. H., Telefon 355
Kolonial-, Material- und Farbwaren.

Spez.: Farben, Lacke, Pinsel
Lager in Gips-, Kreide-Decken- u. Kalken-Rohren
G. Fritze's Bernstein-Oel-Lackfarbe
in 6 prachtvollen Nuancen.

Fastnachtszeitung

Material für die im Februar erscheinende Fastnachtszeitung wird in der Geschäftsstelle der **Neuen Tageszeitung** entgegengenommen.

Sämtliche
Carneval Artikel

in ganz bedeutender Auswahl empfehlen

Warenhaus
Geschwister Mayer,
Friedberg i. H.

Trauerbriefe

Trauer-Kuverts
Trauer-Visiten-Karten
Danksagungs-Karten

Neue Tageszeitung
Druckerei u. Verlag A. G.
Friedberg (Hessen)

Lieferung in kürzester Zeit.

Einladung

des

Volksbildungsvereins

zu dem Montag, den 9. Februar, abends 8½ Uhr im Saalbau stattfindenden

Lichtbildervortrage

des Herrn Dr. Franz Fürstenberg aus Berlin über:

„Flugapparate, Luftballons und lenkbare Luftschiffe"

nach dem neuesten Stand der Leistungen.

Eintritt frei für jedermann.

Die Rohbauarbeiten

Erd- u. Maurerarbeiten, Zimmerarbeiten, Spengler- und Dachdeckerarbeiten für den Neubau des Herrn

Wilhelm Adam Heß

sind zu vergeben.

Pläne, Voranschläge und Bedingungen liegen von Dienstag, den 10. bis Freitag den 14. d. Mts. in meinem Büro zur Einsicht offen und sind Angebote bis Freitag, abends 6 Uhr, daselbst einzureichen.

Friedberg, den 7. Februar 1914.

Christian Karl Freundlieb,
Architekt.

Habe noch wöchentlich ca. 2 Zentner fernste garantiert reine, Vogelsberger Höhenkräuter

Süssrahm-
Tafelbutter

in Postkoll, sowie Bahnkisten zu äußersten Tagespreisen abzugeben.

Central-Molkerei
Weickartshain
Bes.: **Karl Seim.**

„Filchbörle"

Hartwig & Goedeken
Geestemünde-F.

liefert anerkannt beste

Fische, Conserven etc.

unter Garantie tadelloser Ankunft.

Regelmässige Offerten werden gratis und franko versandt.

Zahn-Atelier

Peter Wehler

Friedberg i. H., Färbergasse 3

direkt neben dem Vorschuß- u. Creditverein 3 Minuten vom Bahnhof.

Telefon Nr. 220.

Schonendste Behandlung
Billige Preise.

Tapeten
Linoleum
Linkrusta
Wachstuche
Linoleumwachs
billigst
Tapeten- und Linoleumhaus
Jean Kögler,
Friedberg i. H. Bahnhofstraße.
Telefon 458.

Zum 15. stebsames **Mädchen** Jahre alt, möchte bei einer Schneiderin in die Lehre treten. Anfragen befördert unter O. R. die Exp. der Neuen Tageszeitung.

Wäsche zum Ausbessern
wird jederzeit angenommen.
Friedberg-Fauerbach, Querstr. 8.

Wegen Nachzucht verkaufe 1 ältere
Fuchsstute
unter aller Garantie.
K. Väth
Gronauerhof b. Wilbel.

Schöne gesunde
Ferkel
hat abzugeben
K. Wittmer
Dottenfelderhof b. Wilbel.

Statt Karten.

Ida Kugelmann
Hermann Weil
Verlobte

Witzenhausen (Reg.-Bez. Cassel) — Büdingen (Hessen)

Februar 1914

Statt Karten.

Kätchen Reis
Philipp Haas
Verlobte

Kalchen, Februar 1914

Zur Dienstag, den 10. Febr. 1914, abends 8½ Uhr im Saale des Hotel Trapp in Friedberg

Lichtbilder-Vortrag

des Afrikareisenden, Herrn Oberleutnant a. D. **von Schlieben-Berlin.**

Thema: Geschichte der Fremdenlegion. Die Zustände in der französischen Fremdenlegion. Die Ursachen der Zuwanderung Deutscher zur franz. Fremdenlegion, und unsere Maßnahmen zur Vermeidung des Eintritts in die selbe.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf **Hofbuchhandlung Carl Binder** a. Kagel: Sperrsitz 1.— M., II. Pl. 60 Pfg., Stehpl. 40 Pfg.; an der Abendkasse: Sperrsitz 1.25 M., II. Pl. 75 Pfg., Stehpl. 50 Pfg.

Nachmittags 4½ Uhr: Kinder- und Schüler-Vorführung.

Preise der Plätze für Schüler: Sperrsitz 50 Pfg., Saalplatz 20 Pfg.

Preise der Plätze für Erwachsene: Sperrsitz 1.— M., Saalplatz 50 Pfg.

Holzversteigerung

in der fürstlichen Oberförsterei Lich.

Dienstag, den 17. Februar, vormittags 9½ Uhr in den Distrikten Mühlberg, Kuhnacker, Graudorn und Konzebühl: Scheiter, rm: 153 Buchen, 1 Eichen; Knüppel rm: 1·0 Buchen, 83 Eichen, 3½ Linde, 51 Nadelholz; Stöcke rm: 87 Buchen, 12 Eichen, 20 Nadelholz; Reishol-Wellen: 3470 Buchen (1400 Forstwellen), 400 Nadelholz und 24 rm Linden-Reisholz zu Erdaufreisern. **Ca. 10 Eichen-Gartenpfosten, 3 Lindenstämme = 1,20 fm.**

Die Zusammenkunft ist auf der Kreisstraße Lich—Steinbach am Konzebühl und Feld Breitenrod.

Holzversteigerung.

Im Rodheimer Gemeindewald Distrikt Jungebuchen und Spitzensteinhecken werden **Freitag, den 13. Februar l. Js.** versteigert:

269	Eichen-Stämme von 15—47 cm Durchm. und 103,25 Festm. Inhalt (geeignetes Wagnerholz)		
13	Buchen-Stämme von 35—45 cm Durchm. und 8,54 Festm. Inhalt		
30	Fichten-Stämme von 8,34 Festm. Inhalt		
72	Fichten-Derbstangen	57	Rm. Eichen-Knüppel
46	Rm. Eichen-Nutzscheiter	11200	Stück Buchen-Wellen
319	„ Buchen-Scheiter	1.20	„ Eichen-Wellen
40	„ Eichen-Scheiter	135,4	Rm. Buchen-Stöcke
369,9	„ Buchen-Knüppel	44,5	„ Eichen-Stöcke

Anfang und Zusammenkunft vormittags 10 Uhr auf der Waldbahn beim Hühnerpfad.

Bemerkt wird, daß das Stammholz gleichzeitig mit dem Brennholz sofort zu Beginn der Versteigerung zum Ausgebot gelangt.

Rodheim v. d. H., am 7. Februar 1914.

Großh. Bürgermeisterei Rodheim v. d. H.
Stoll.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 10. Februar d. Js., vormittags ½11 Uhr, soll im Heuchelheimer Gemeindewald versteigert werden:

65 Rm. Buchen Scheit, 106 Rm., Buchen Knuppel, 142 Rm. Buchen Reisig, 20 Rm. Buchen Stöcke, 14 Rm. Eichen Scheit, 15 Rm. Eichen Knüppel, 44 Rm. Eichen Reisig, 13 Rm. Eichen Stöcke, 10 Rm. Eichen Nutzscheit, 21 St. Fichten Derbstangen mit 2 Fstm. Inhalt, 8 St. Eichen Stämmchen mit 0,8 Fstm. Inhalt.

Zusammenkunft bei Nr. 1 am Schwolbengraben.

Heuchelheim, den 5. Februar 1914.

Großh. Bürgermeisterei Heuchelheim
Stoll.

Eichen-Starkholz-Versteigerung.

Donnerstag, den 12. Februar l. Js., werden im Distrikt Langseid des Nieder-Weiseler Gemeindewaldes folgende Stammabschnitte (Klötze) von einer 100jährigen Alt-Eichen versteigert:

16	Abschnitte	= 20,54 cbm	(60—78 cm stark bis 5 m lang)				
52	„	= 54	„	(50—59	„	„ „ 8 m	„
49	„	= 35	„	(40—49	„	„ „ 7 m	„
40	„	= 17	„	(30—39	„	„ „ 8 m	„

Außerdem 18 Wagner-Eichen, 7 cbm 25—29 cm stark, 9 m lang.

Die Abschnitte der Alt-Eichen sind Schnittholz von zum Teil milder Qualität.

Zusammenkunft vormittags 11 Uhr am Eingang von Espa. Vorherige Auskunft und Verzeichnisse durch Forstwart Becker zu Haulen (Post Butzbach).

Nieder-Weisel, den 2. Februar 1914.

Großh. Bürgermeisterei Nieder-Weisel.
Krausgrill.

Heinrich Damm, Steinmetzmeister
Friedberg-Fauerbach
bis à vis der Zuckerfabrik, Telefon 192
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in modernen
Grab-Denkmälern
zu äußerst billigen Preisen.
Besichtigung ohne Kaufzwang höfl. erbeten.

Beilage zur „Neuen Tageszeitung".

Nr. 33 | Montag, den 9. Februar 1914. | 7. Jahrgang

Gedenktage.

3. Februar. 1789 Fr. Xav. Gabelsberger geb., Stenograph. — 1801 Friede von Lunéville zwischen Frankreich und Deutschland. — 1834 Felix Dahn, Dichter, geb. — 1905 Maler Adolf v. Wenzel †, Berlin.

Die große Landwirtschaftswoche.

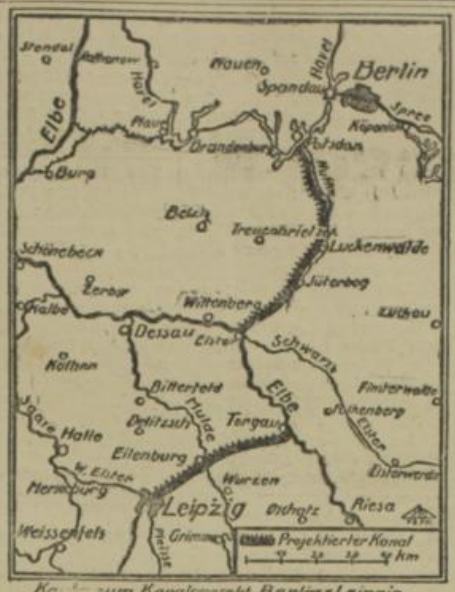
S. & H. Berlin, 5. Februar.

In Gegenwart des preußischen Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Schorlemer-Lieser und von Vertretern aller landwirtschaftlichen Verwaltungen und größeren landwirtschaftlichen Vereinigungen begannen heute vormittag im Festsaale des Preußischen Abgeordnetenhauses die Verhandlungen der 13. Hauptversammlung des Königlich Preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums, das die amtliche Vertretung der gesamten Landwirtschaft im Königreich Preußen darstellt.

Präsident des Abgeordnetenhauses Graf v. Schwerin-Löwitz, der durch Zuruf zum Vorsitzenden gewählt wurde, brachte das Kaiserhoch aus und begrüßte die Erschienenen. Der Landwirtschaftsminister betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Tagung sich wieder mit wichtigen Fragen zu beschäftigen habe, so mit der Beseitigung des Arbeitermangels und der Besserung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande. Diese Aufgaben treten um so dringender an die Staatsregierung und die deutsche Landwirtschaft heran, als bisher die Abwanderung vom Lande noch nicht zum Stillstand gekommen ist und in der letzten Zeit gewichtige Anzeichen dafür hervorgetreten sind, daß die Beschaffung von Arbeitskräften aus dem Ausland, besonders aus Galizien und Rußland, in den nächsten Jahren keinesfalls erleichtert werden wird. Wenn man im übrigen auf das verflossene Jahr mit Vertrauen zurückblicken und ebenso in die Zukunft schauen könne, so sei das ein Erfolg unserer bisherigen Wirtschaftspolitik; das müsse zugleich ein Ansporn sein, den Schutz, der bisher unserer Produktion zu teil geworden ist, auch weiterhin zu erhalten. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen der deutschen Landwirtschaft und damit dem Vaterlande zum Segen gereichen möchten.

Der Vorsitzende Graf Schwerin-Löwitz dankte dem Minister, versicherte ihn des Vertrauens der deutschen Landwirtschaft und sprach die Hoffnung aus, daß er er noch lange auf seinem Posten ausharren möge.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. An erster Stelle sprach Landrat a. D. v. Klitzing (Niederbarnim) über „die Förderung des Wohnungsbaues auf dem Lande mit besonderer Berücksichtigung der Geldbeschaffung." Der Referent erklärte, er habe sich bisher nicht davon überzeugen können, daß die Wohnungen in den Städten besser seien als auf dem Lande. Wenn man aber einen Ausbau der Arbeiterwohnungen auf dem Lande teilweise als wünschenswert bezeichne, so sei diese Frage lediglich als Geld- oder Kreditfrage zu behandeln. Da Hypothekengelder für Privatpersonen schwer zu erhalten seien, müsse man die öffentlichen Kassen zu Hilfe nehmen. Hier kämen in erster Linie die Sparkassen in Betracht, ferner die Kommunalverbände und die Träger der sozialen Versicherung. Von denen der Invalidenversicherung sind bisher nicht weniger als 362 Millionen



Karte zum Kanalprojekt Berlin-Leipzig.

Von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung ist ein Projekt, welches augenblicklich die Kreise Mitteldeutschlands beschäftigt. Es handelt sich um eine Verbindung Berlin—Leipzig auf dem Wasserwege, ähnlich wie die Großschiffahrt Berlin—Stettin.

für den Bau von Arbeiterwohnungen auf dem Lande. Die Arbeiter wollen mitunter auch gar nicht ihre engen, aber gemütlichen Wohnungen aufgeben, sie wollen nicht höher ziehen, als ins Erdgeschoß, sodaß die guten Oberwohnungen vielfach leer stehen. Hüten müsse man sich davor, die ganze Angelegenheit zu schematisieren.

In der Diskussion bezeichnete Graf Schwerin-Löwitz den Bau von guten Arbeiterwohnungen auf dem Lande als ein Mittel, die Landflucht der Arbeiter zu beheben. Jetzt in einer Zeit, wo viele Bauarbeiter in den Städten beschäftigungslos sind, könnten diese bei dem Bau von Arbeiterwohnungen beschäftigt werden.

Die Versammlung einigte sich schließlich auf folgenden Antrag v. Rantzau: Der Herr Landwirtschaftsminister möge eine Kommission einberufen zur Prüfung der Frage, wie größere Mittel flüssig zu machen sind zur Förderung des Neubaues von Arbeiterwohnungen dort, wo ein Bedürfnis dafür vorliegt.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. Aereboe (Oberingk) sprach sodann über das Thema „Die Hebung der Arbeitsleistungen als Mittel gegen den Arbeitermangel." — Die empfahl u. a. die Einführung der Akkordarbeit in landwirtschaftliche Betriebe. — Nach einer Pause behandelte der Direktor der landwirtschaftlichen Versuchsstation Dr. Lemmermann (Berlin) den gegenwärtigen Stand der gesetzlichen Regelung des Handels mit Futtermitteln, Düngemitteln und Sämereien. Es wurde hierzu ein Antrag angenommen, in dem der Landwirtschaftsminister ersucht wird, auf baldige reichsgesetzliche Regelung der Materie beim Reichskanzler hinzuwirken.

Das folgende Referat betraf die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Urbarmachung von Oedland und Schaffung von Ansiedelungen. Erster Referent war der Schriftführer des Vereins für soziale innere Kolonisation Hans Ostwald (Zehlendorf). Er ging davon aus, daß wir uns in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit befinden, die von Woche zu Woche drückender wird, die Handel und Industrie ebenso schadet wie der arbeitenden Bevölkerung. Nach der Statistik sind in guten Zeiten von rund 2 Millionen organisierten Gewerkschaftlern 40—50 000 arbeitslos. Das heißt, von 16 bis 18 Millionen Menschen, die in Handel und Gewerbe tätig sind, haben ständig 5—600 000 keine Arbeit. Die einzig wirkliche, volkswirtschaftlich und menschlich richtige Hilfe ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung. Sie liche sich leicht durch eine vernünftige Innenkolonisation erreichen. Der Redner schildert dann die Erfolge, die sein Verein mit der Beschäftigung von Arbeitslosen auf Oedland erreicht habe.

Der Mitberichterstatter Landrat a. D. v. Klitzing begründete eine Entschließung, die besagt:

„Die zeitweise, im wesentlichen in Großstädten auftretende Arbeitslosigkeit spricht das Landes-Oekonomie-Kollegium als eine Folge der modernen industriellen Wirtschaftsentwickelung an. Da jede Voruntersützung an Arbeitslose als ein schwerer Fehler anzusehen wäre, empfehlen sich als Mittel zur Beseitigung der großstädtischen Arbeitslosigkeit: 1) möglichste Erhaltung der Landgeborenen auf dem Lande (weitgehende menschliche Fürsorge, Kinderbeschäftigung auf dem Lande zu guten Löhnen, die auch auf allgemeinen sozialen Gründen wünschenswerte Gesetzesbestimmung, daß Jugendliche unter 17 Jahren nicht in Fabriken arbeiten dürfen); 2) zielbewußter Ausbau und großzügige zentrale Organisierung der öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise; 3) Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen durch Zuweisung von Land- und Kolonisationsarbeit sowie von Arbeit in Außenindustrien, denen es an Arbeitern mangelt. Hierfür erscheint Beihilfe des Staates durch Gewährung namhafter Fahrpreisermäßigung erwünscht. — Bei zielbewußter Anwendung vorgenannter Mittel wird eine weitere Landflucht unbedingt fördernd, grundsätzlich als schädlich erachtet."

In der Besprechung erklärte sich der Präsident des Oberlandeskulturgerichts Geh. Oberregierungsrat Dr. Metz-Berlin mit den Zielen des Vereins für innere soziale Kolonisation einverstanden.

Die Ausführungen der Referenten wurden von der Versammlung lediglich zur Kenntnis genommen und sodann die weitere Beratung auf morgen vertagt.

S. & H. Berlin, 6. Februar.

In der heutigen zweiten Sitzung des Königlich Preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums wurden die üblichen Berichte entgegengenommen. Freiherr v. Morenholt (Gr. Schwülper) erstattete den Bericht der Landwirtschaftskammern über Pferdezucht. Er konstatierte ein Kümmerlen

Zum Pflugeisen.

Roman von M. Prigge-Brook.

18 (Fortsetzung).

Von Heinz war nicht die Rede. Tante Luise aber bemerkte, daß Rosemarie ihrem Liebling böse war. Sie sprach fast nie von dem Bruder, und es war zweifelhaft, ob er die Osterferien, die vor der Türe standen, im Pflugeisen verleben würde.

„Er weiß, was er zu tun hat", beantwortete die Schwester die schüchterne Frage der mütterlichen Freundin, ob man Heinz dürfe das Zimmer richten!

Ganz unerwartet traf Heinz am Vorabend des Festes um doch ein.

Rosemarie war im Garten. Sie schrak zusammen, als er plötzlich vor ihr stand.

„Dir ist doch nichts passiert?" fragte sie unruhig, während sie an seiner Seite über den Hof ins Haus schritt.

„Was soll passiert sein?" antwortete er gut gelaunt. Er kam mit der besten Absicht, er wollte Rosemarie für sich gewinnen, sie mußte einsehen, daß sie kein Recht hatte, böse zu sein.

Klug vermied er jede Bemerkung, zärtlich zog er ihren Arm durch den seinen.

Im Hofe hantierten wieder Ausladen und Fuhrleute wie ehedem, es roch nach frisch gebranntem Kaffee, aus dem Lagerraum drang der brenzliche Geruch in Schwaden durch die Tür. Ganz betroffen blieb der junge Student stehen.

„Die neuen Maschinen mit Dampfbetrieb", erklärte ihm Rosemarie gelassen.

„Seit wann, und wer hat's getan", fragte Heinz, erhielt indes nur ungenügende Antwort. Flüchtig zog ihm der Gedanke durch den Sinn, daß vielleicht ein anderer an des Ohms Stelle im Kontor schalte und das Geschäft verkauft sei. —

Ehe er fragen konnte, hielt ein alter Mann Rose auf. Sie löste sich von des Bruder Arm, folgte dem Arbeiter in einen Schuppen und kehrte gleich darauf zurück. Zwei Leute mit Säcken folgten ihr.

„Tragen Sie sie da hinein", bestimmte das Mädchen. „Antons läßt nochmals wiegen, es muß ein Irrtum sein."

„Seit wann bekümmerst Du Dich um Teesäcke und die Kaffeeballen?" fragte Heinz erstaunt.

„Seit mein Bruder sich der Wissenschaft ergibt", antwortete sie, drückte ihm aber zugleich die Hand. Sie wollte nicht streiten, es half doch nichts mehr.

Die Geschwister verkehrten zusammen, als ob sie nie eine Differenz gehabt, nachdem die erste Fremdheit überwunden und Heinz sich an dem ungewohnten Anblick der Schwester auf dem Kontorstuhl gegenüber dem Ohm gewöhnt hatte.

Es gab ihm anfangs einen Stich ins Herz, dann aber sah er, wie Rosemarie in den Geschäften aufging und sich tatsächlich alles zum Besten gewandt. Wieder tummelten sich im Hof und Speicher die Arbeiter, fuhren die Frachtwagen beladen zur Bahn und leer zurück.

Wieder nahm die alte Firma Jobst Heinrich Sebald die ihr gebührende erste Stelle unter den Handelshäusern der Stadt ein.

Ehlers alterte immer mehr. Er ging auf den Stock gestützt, den greisen Kopf gebeugt, die Hände zitternd. Trotzdem behauptete er seinen Platz im Kontor. Rosemarie, seine gelehrige Schülerin, nahm ihm ab, was sie konnte, in Wahrheit führte sie das große Geschäft.

Es war keine Sorge, daß sie es halten konnte, wenn Jakob Ehlers die müden Augen schloß. Heinz sah und erkannte alles. Seine Liebe zu der Schwester wuchs und festigte sich noch dadurch. Er dankte ihr im stillen den großen Liebesdienst und hütete sich, ihr weh zu tun. Freilich, von seinem Studium wollte sie noch immer nichts wissen, sie hielt es so ziemlich für das Unnützeste, was ein Mann unternehmen konnte.

Gelangweilt hörte sie den Zukunftsplänen zu, die Heinz dem Bürgermeister ausbreitete, der auf den strebsamen Neffen stolz war. Als er nach dreiwöchigem Aufenthalt vom Hause schied, durfte er sich beruhigt sagen, er habe die Schwester wieder.

Wenn es auch nie mehr wurde wie einst, wenigstens nach Rosemaries Meinung. Sie suchte in der Arbeit Vergessenheit. Seine Bahn war frei.

Sein drittes Studienjahr verbrachte der junge Sebald in der Hauptstadt. Zum Herbst machte er seinen Doktor und schon im Februar des nächsten Jahres konnte er seiner Schwester melden, daß ihn eine Expedition, die zur Erforschung des Landes nach Afrika reise, engagiert habe. Die Gesellschaft beabsichtigte, in unbewohnte Gegenden zu dringen. Niemand war glücklicher, als der neugebackene Doktor selber der alle Vorbereitungen mit sieberhaftem Eifer betrieb. Im April sollten die Teilnehmer sich zusammenfinden. Ende März kehrte Heinz Sebald heim.

Diesmal wurde er jubelnd empfangen. Verwandte und Bekannte waren stolz auf den jungen Mann, dem die Auszeichnung geworden, sich der Expedition anzuschließen.

Selbst den Ohm interessierten Zweck und Ziel dieser weiten Fahrt, für die zwei Jahre vorgesehen waren. Tante Julie, die immer noch stattliche Bürgermeisterin, ließ es sich nicht nehmen, zu Ehren des Neffen die ganze Verwandtschaft zu versammeln.

Der „Doktor" erfüllte sie mit berechtigtem Stolz. Sie nannte ihn nur noch Doktor Heinz, der Name blieb ihm. Es war ein großer Kreis, den Frau Hart geladen. Von den Alten fehlten schon viele, dafür hatte das junge Volk sich stark vermehrt. Töchter und Söhne geheiratet, was neuen Anhang nach sich zog.

Heinz sah viele fremde Gesichter, darunter manches, zu dem er in keinem Verhältnis stand. Rosemarie erging es ähnlich. Gelangweilt saß sie hinter dem großen Album am Tische im Salon.

„Findest Du's auch so furchtbar amüsant, Mu?" neckte ihr Bruder sie leise.

(Fortsetzung folgt.)

des Pferdebestandes, was ein erfreuliches Interesse an der Pferdezucht verrate. Der Pferdebestand in Preußen belief sich 1912 auf 3 193 279, im Jahre 1913 dagegen auf 3 216 257 Stück. Die verhältnismäßig große Abnahme des Pferdebestandes in Berlin ist wohl auf das Anwachsen des Automobilverkehrs zurückzuführen.

Der Mitberichterstatter Rittergutsbesitzer v. Saucken (Tarputschen) besprach die Verhältnisse in den östlichen Provinzen. Ostpreußen stehe wie immer mit zirka 80 Prozent aller Remonten an erster Stelle. Dringend zu wünschen sei, daß die steigende Tendenz für Remontepreise anhält. Redner kam dann auf die Olympiaschau im Jahre 1916 in Berlin zu sprechen. In Ostpreußen haben die Vorbereitungen bereits begonnen. Eine Privatgesellschaft hat dort eine Anzahl von drei- bis vierjährigen Remonten angekauft. Die Pferde sollen nach erster Vorbereitung und Prüfung auf ihre Eignung an im Turniersport bewährte Offiziere zu billigen Preisen verkauft werden, gegen die Verpflichtung, die Pferde im Jahre 1916 auf der Olympiaschau zu reiten. Der Zweck sei, die Zahl der inländischen Pferde bei dem Berliner Wettbewerb durch gutes Material zu verstärken und deren Eignung für den Turniersport dazutun, damit der Ueberschätzung der ausländischen Pferde nach Kräften gesteuert werde. Redner brachte lebhafte Klagen gegen die Remontewertung vor. Der Handel sei ohne zwingende Veranlassung zu Ungunsten der Züchter in viel zu hohem Maße herangezogen worden. Die nicht unberechtigte Erbitterung hierüber sei eine große Gefahr für die ostpreußische Remontezucht.

Oberlandstallmeister v. Oettingen nahm in der Debatte die Gestütsverwaltung gegen die wider sie erhobenen Angriffe in Schutz.

Die Versammlung beschlo den Ministe r zu ersuchen, dafür einzutreten, da die Remontepreise entsprechend den gesteigerten Unkosten erhöht würden.

Nach einem Referat des Großh. Regierungsrats Dr. Meyermann über die Bekämpfung der Schweinepest erstattete Freiherr v. Wangenheim (Kl. Spiegel) den Bericht über die Forstwirtschaft. Er erwähnte unter Heiterkeit der Versammlung, daß die Forstverwaltung dieses Jahr eine gute Einnahme auf Fuchsfellen erzielt habe, was auf die gegenwärtige Damenmode zurückzuführen sei.

Der folgende Bericht betraf die Viehzucht. Referent war endrat a. D. v. Batocki (Bledau). Er wies u. a. auf die Gefahr hin, die den jüngeren Viehverwertungsgenossenschaften aus ihrer Beteiligung an der in Liquidation befindlichen Viehzentrale erwachsen könnte, falls diese Liquidation nicht ohne erhebliche Verluste für die Beteiligten erledigt werde. Die Staatsregierung möge mit Energie, eventuell unter Bereitstellung staatlicher Mittel auf eine sachgemäße Lösung dieser wichtigen Frage hinwirken. Zum Schluß berichtet Gärtnereibesitzer Junge lausen (Frankfurt a. O.) über Wein-, Obst- und Gartenbau. Die Versammlung nahm hierzu folgenden Antrag an: „Das Landes-Oekonomie-Kollegium bittet in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit den gärtnerischen Fachverbänden den Herrn Landwirtschaftsminister, für einen ausreichenden Zollschutz der Gärtnerei in Zukunft Sorge tragen zu wollen. In der Debatte betonte Freiherr v. Wangenheim, daß die Förderung der Gärtnerei eine Mittelstandsfrage sei. Der Mittelstand könne sich nirgends besser betätigen als gerade in der Gärtnerei. Wie in früheren Jahren wurde auch die Frage von Gärtnereien-Ausschüssen angeschnitten, ein Beschluß hierüber aber nicht gefaßt.

Morgen werden die Beratungen des Landes-Oekonomie-Kollegiums zu Ende geführt werden.

Mißglückte Elektrizitätsverträge.

Die Bayerische Regierung hat bekanntlich die Elektrizitätsversorgung Bayerns den großen Elektrizitätskonzernen überlassen. Die zu diesem Zweck mit diesen abgeschlossenen Staatsverträge wurden bisher als zweckmäßig und den öffentlichen Interessen entsprechend betrachtet. Daß sie letzteren jedoch in wesentlichen Punkten nicht gerecht werden, daß sie sogar als Fehlschlag bezeichnet werden müssen, zeigt mit vollkommener Klarheit ein Gutachten, das die Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken, Berlin, über den Konzessionsvertrag mit den Elektrizitätswerken A.-G. zu Augsburg unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Staatsverträge mit den Pfalzwerken A.-G. in Ludwigshafen a. Rh., mit dem fränkischen Ueberlandwerk A.-G. in Nürnberg, und mit der Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft in Berlin, von einer anerkannten, vollkommen unabhängigen Autorität auf dem Gebiete des Konzessionswesens, Herrn Emil Schiff, Grunewald, einholte und das von ihr der bayerischen Staatsregierung sowie den Mitgliedern der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten unterbreitet wurde.

Aus dem Gutachten ergibt sich unter anderem, daß der Einfluß des Staates auf die Stromtarife, auf die technische Gestaltung des Unternehmens und auf die Betriebsführung in den Verträgen nur mangelhaft gewahrt ist und daß die Fassung wichtiger Bestimmungen so ungenau und mehrdeutig ist, daß sie zu langwierigen Streitigkeiten mit den Konzessionsinhabern führen muß. Vor allem sind jedoch die Bestimmungen über die Ablösung höchst bedenklich. Der Staat hat sich das Recht vorbehalten, die Anlagen der Werke erstmalig am 30. Juni 1933 abzulösen. Der Ablösungspreis besteht aus einer Vergütung für den Anlagewert und einer Vergütung für den Geschäftswert. Beide sind derart hoch bemessen, daß der Staat vor dem 1. Juli 1963, wo er die Stromerzeugungsanlagen zu dem Anlagewert und die Stromverteilungsnetze kostenlos übernehmen kann, an eine Uebernahme nicht wird denken können. Die Gründe liegen in einer ganz ungenügenden Abschreibungsquote, der Zubilligung eines ganz ungewöhnlich hohen Ablösungszuschlages und nicht zum wenigsten darin, daß der Staat sich keinerlei Einfluß auf die Bemessung des Herstellungspreises, der dem Ablösungspreis zu Grunde gelegt ist, vorbehalten hat. Da die Konzessionsinhaber ihre Anlagen nicht im freien Wettbewerb vergeben können, sondern, weil sie zu den Konzernen der A. E. G. bezw. Siemens Schuckert-Werke gehören, diesen Gesellschaften die Ausführung übertragen müssen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Herstellungspreise erheblich über den bei staatlichen Verdingungen erzielbaren Einkaufspreisen liegen werden.

Nach einem von Schiff auf Grund des Vertrages mit den Loch-Werken durchgerechneten Beispiel würde der bayerische Staat für Anlagen von einem — infolge unzureichender Abschreibungssätze eigentlich zu hohen — Zeitwerte von 22 Millionen Mark, bei einem Verdienst des Konzessionsinhabers von 6 Prozent der ursprünglichen Herstellungskosten nach 20 Jahren nicht weniger als 44,5 Millionen Mark als Ablösungspreis bezahlen müssen. Daraus folgt unter Berücksichtigung der notwendigen Abschreibungen, Zinsen und Anleihetilgung, daß der Staat nach Ablösung mit einem Fehlbetrag von etwa 550 000 Mark rechnen müßte, während der Konzessionsinhaber an Hand der vertragsmäßig für die Berechnung des Erwerbspreises maßgebenden Grundlagen einen Ueberschuß von 1,8 Millionen Mark ausweisen konnte.

Diese Elektrizitätsverträge werden also im bayerischen Landtag noch einer eingehenden Kritik unterzogen werden müssen. Vor allem aber ist den übrigen deutschen Bundesstaaten sowie Städten und Gemeindeverbänden dringend davon abzuraten, die bayerischen Staatsverträge als Muster zu verwerten.

Ansiedlerbriefe.

Die „Cassel'er Allgemeine Zeitung" veröffentlichte vor einigen Tagen einen sehr beachtenswerten längeren Artikel über die deutsche Ansiedlung in Argentinien. In diesem Artikel wurde in eingehender Weise geschildert, wie unsere deutschen Landsleute, die durch schillernde Zahlen über die Ein- und Ausfuhr, das wundervolle Klima und die ungeheure Fruchtbarkeit Argentiniens zur Auswanderung verlockt wurden, in diesem fremden Lande durch die mißlichen Verhältnisse, gewaltigen Strapazen und Entbehrungen, sowie die Anwendung der amerikanischen Landgesellschaften und Großgrundbesitzer in elender Weise zu Grunde gingen. Aehnlich wie in Argentinien liegen die Verhältnisse in anderen amerikanischen Ländern. Wie ganz anders sieht es doch im Osten unseres deutschen Vaterlandes aus, wo der Staat seit Jahren innere Kolonisation treibt. Während aus Amerika Klagen nach der alten Heimat herüberschallen, preisen die Ansiedler in Posen ihre neue Heimat und sind mit ihrem Los sehr zufrieden. Das beweisen wiederum zwei Ansiedlerbriefe, die vor wenigen Wochen nach der alten Heimat gerichtet wurden. Ein aus dem Kreise Marburg stammender Ansiedler schreibt u. a.: „Die Ernte war im vorigen Jahre nicht schlecht, wir haben 700 Zentner Frucht ausgedroschen, auch die Kartoffeln sind gut geraten. Das Land ist sehr gut und bringt mehr als in der alten Heimat. Die Frucht kostet bei uns in Posen so viel als in Hessen. Wir liefern das Vieh an die Viehverwertungsgenossenschaft und brauchen uns mit keinem Viehhändler herum zu ärgern. Im Anfang hatte ich zwar Unglück, indem mein Sohn an der Dreschmaschine verunglückte und mir mehrere Stück Vieh krepiert sind, aber jetzt geht es Gott sei Dank besser". — Ein anderer Ansiedler, der aus dem Kreise Homberg stammt, schreibt u. a.: „Ich bin bereits 2 Jahre als Ansiedler in der schönen Provinz Posen und kann Ihnen mit großer Freude mitteilen, daß die Ansiedlungskommission viel Gutes und Großes schafft. Ich kann jedem Landsmann dem es in der alten Heimat nicht glücken will, nur raten, nach Posen zu ziehen. In Posen kann sich jeder Landmann getrost und unverzagt ansiedeln. In unserer Ansiedlung sind wir von weit und breit zusammen gekommen und halten zusammen wie Brüder. Noch heute war ich mit etlichen Oberhessen zusammen. Da sagte einer zum anderen: Wir möchten niemals wieder zurück, denn wir haben alles in Hülle und Fülle. Wir haben uns alles viel schwerer vorgestellt. Wenn die Leute in der alten Heimat nur einmal sehen könnten, wie schön es hier ist. Die Leute in Hessen glauben es aber nicht. Unsere Aecker sind in bester Ordnung, und wo was fehlt, wird es von der Ansiedlungskommission in Ordnung gebracht. Unsere Pferde und Kühe fressen hier mehr Heu als in Hessen Stroh. Der Verkehr ist hier größer als in Hessen. In unseren Städten ist in jedem Monat Viehmarkt, wo alles gut zu verwerten ist. Im Frühjahr wird in unserer Nähe wieder ein großes Gut aufgeteilt, direkt an der Landstraße und nicht weit vom Bahnhof, welches sehr guten Boden hat und besonders Hessen zu empfehlen ist. Darum Landsleute, wenn es Euch zu Hause zu schwer fällt zu wirtschaften, so geht nur froh und unverzagt zur Ansiedlung; es wird Euch nicht gereuen." soweit der Brief.

Wir können darum immer wieder allen Landleuten, die in der alten Heimat nicht zurecht kommen, dringend raten, nicht nach Amerika auszuwandern, sondern lieber nach Posen zu gehen. Und zwar wende man sich zuerst an die Kgl. Ansiedlungskommission. Nähere Auskunft über die Ansiedlungsmöglichkeit erteilt kostenlos der Vertrauensmann der Kgl. Ansiedlungskommission, Herr W. Schaumburg, Cassel, Schönfeldstr. Nr. 7.

Aus der Heimat.

* Friedberg, 9. Febr. Nochmals verweisen wir auf den Vortragsabend des Afrikareisenden Herrn Oberleutnant a. D. von Schlingen aus Berlin, welcher am Dienstag, den 10. Februar d. J. im Saale des Hotel Trapp abends 8½ Uhr stattfindet. Für Schüler und Kinder ist ein Nachmittagsvortrag angesetzt. Das hochaktuelle Thema „Die französische Fremdenlegion bietet Interessantes für Jung und Alt und gibt, durch eine große Anzahl von Lichtbildern erläutert, Aufklärung, mit welchen Entbehrungen, übergroßen Gefahren und schließlicher Verzweiflung diejenigen zu rechnen haben, die sich für die französische Fremdenlegion anwerben ließen. Eintrittskarten sind an den bekannten Vorverkaufsstellen zu ermäßigten Preisen erhältlich.

* Klein-Linden, 9. Febr. Für die Umgehungsbahn, welche die Strecken Wetzlar - Gießen und Gießen - Frankfurt verbindet und durch den nach Gießen zu gelegenen Teil unseres Dorfes Bernhardshausen geht, sind jetzt die Geländeankäufe soweit abgeschlossen, es handelt sich nur noch um einige wertvollere Grundstücke. Mit dem von der Bahn gezahlten Preise sind die Eigentümer zufrieden. Ob die Gleise über einen noch aufzufüllenden hohen Damm geführt werden, oder ob eine Brücke gebaut wird, ist noch nicht entschieden. An der Kleebachbrücke zwischen hier und Dutenhofen werden eben schon die Fundamentierungsarbeiten gemacht. — Der an Stelle unseres in den Ruhestand getretenen Bürgermeisters Schaum gewählte Bürgermeister Jung übernimmt gegenwärtig die Geschäfte.

* Gründberg, 9. Febr. Hier stürzte sich ein 21jähriges Mädchen, die Tochter sehr angesehener Leute, aus einem Fenster des dritten Stockes auf die Straße. Die Lebensmüde konnte noch ihren Angehörigen mitteilen, daß sie vorher Gift genommen habe und starb alsdann an den erlittenen Verletzungen. Was die Unglückliche in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

* Aus dem Vogelsberg, 9. Febr. Die Verluste der Spar- und Darlehnskasse zu Ruppertenrod, an deren Zusammenbruch der Darmstädter Genossenschaftsbank sind auf 45 000 Mark festgestellt. Zur Deckung dieses Fehlbetrages wurde jedes der 109 Mitglieder mit einer Summe von 450 Mk. herangezogen. Die Kasse bleibt trotz der hohen Verluste bestehen.

* Frankfurt a. M., 9. Febr. Seit Montag voriger Woche werden die beiden 12 und 14jährigen Söhne des Fuhrmanns Edelmann aus der Roßdorferstraße vermißt. Die Jungen wurden zuletzt auf dem zugefrorenen Main gesehen und sind seitdem spurlos verschwunden. Ob die Kinder eingebrochen sind, weiß niemand, da sich bis jetzt kein Zeuge gemeldet hat.

* Frankfurt a. M., 9. Febr. Eine recht eigenartige Methode zur Steigerung der Hausmieten hat der sechsfache Hausbesitzer und Bäckermeister Wenzel im Stadtteil Bockenheim erfunden. Er fordert seine Mieter, die noch nicht Kunden seiner Bäckerei sind, auf, alle Backwaren bei ihm zu kaufen. Andernfalls stelle er ihnen vom 1. März ab eine erhebliche Steigerung der Wohnungsmiete in Aussicht. Zugleich verbot er den Verkauf von Backwaren durch fremde Bäcker in seinen Häusern. — Jedenfalls werden sich die meisten Mieter eine solche Bevormundung nicht bieten lassen. — Infolge Arbeitslosigkeit erhängte sich hier der 42jährige Maler Meckel in seiner Wohnung, Feldbergstraße 4. — Die mehrfach vorbestraften Schlosser Emil Zeitz aus Erfurt und Bildertrahmer Nikolaus Kieser aus Tübingen wurden wegen umfangreicher Kollidiebstähle verhaftet. — In der Langenstraße erbeuteten der Metzgerbursche Hörnle aus Weinweiler, der Arbeiter Friedrich Weber aus Mainz und der Arbeiter Friedrich Glöckner aus Oberrad bei einem Marktendeneinbruch Kleider im Wert von 200 Mark. Das Trio wurde verhaftet. — Zwei Burschen überfielen bei einer Bierreise einen Afrikakrieger und suchten ihn seiner Barschaft zu berauben. Der Soldat mußte dem Krankenhause zugeführt werden; die Rohlinge entkamen. — Im Odhafengebiet geschahen zwei Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen und Lastfuhrwerken. In beiden Fällen wurden die Straßenbahnwagen beschädigt; die Gäste kamen mit dem Schrecken davon; ein Wagenführer dagegen wurde verletzt.

Kursbericht

vom 7. Februar 1914 der

Mitteldeutschen Creditbank

Aktienkapital u. Reserven M. 70 000 000

gegründet 1856.

Frankfurter Börse.

4% Reichsanleihe	90.—⅜	Eschweiler Bergw. „	222.—
3½% „	81.—	Bochumer Gußstahl „	226.25
3% „	78.20	Oberschl. Eisenbahn-Bed. „	19.—
3½% Preuß. Consols	88.—	Harpener Bergbau „	188.⅝
3% „	75.10	Hamb. Amer. Pak. „	141.½
4% Hessen	97.80	Nordd. Lloyd „	121.75
3½% „	— —	Berliner Handels Ges. „	165.—
3% „	75.75	Mitteld. Creditb. „	123.—
4% Oesterr. Goldrente	90.90	Darmstädter Bank „	123.⅝
4½% „ Silberrente	88.60	Deutsche Bank „	250.⅛
4% ungar. Goldrente	86.75	Deutsch-Asiatische Bank „	118.75
3 „ Kronenrente	83.70	Disconto-Komm. „	195.—
4 „ Portugiesen Serie I	62.10	Dresdner Bank „	158.½
4 „ „ III	65.—	Oest. Creditanst. „	— —
3½% Russen v. 1905	89.50	Lombarden „	3.25
4% „ „ 1902	91.90	Erste österr. Staatsbahn „	17.75
4½% Japaner	92.10	Oesterr.-ungar. Staatsbahn „	157.25
4% Türken von 1903	86.10	Phönix, Harpener „	249.50
4% Administr. Türken	7.10	Chem. Fabr. Albert „	4.0 —
Türkenlose	26. 170.40	Rütgerswerke „	204.90
1% % vorsichen v. 1890	58.10	Stettin. Romana „	1 1.20
1½% Monopol-Stieg.	53.50	Phönix Bergb. „	241.—
3% Buen.-Air. Pr. Anl.	— —	Gelsenkirchener „	271.25
3% Silber-Mexikaner	44.60	Zellstoff Waldhof „	31.50
4% Mex. Irrig. Anl.	69.70	Bergwerksgesellschaft „	3 9.—
4½% Chinesen	— —	Banknoten „	168.75
Bubenau G.-B. Act.	113.50	Privatdiskont „	3.½
Schuk. Elektr. vorz. „	135.60	Tendenz: schwach.	

Berliner Börse.

Berliner Handels Ges.	165.—	Hoppenlowerke Akt.	130.—
Deutsche Bank Akt.	250.—	Deutsch-Luxemb. B. Akt.	140.½
Disc.-Kommandit Akt.	195.5	Laurahütte Akt.	164.½
Dresdner Bank „	158.½	Oberschlesien G. Akt.	— —
Pet. Int. Handels „	213.½	Phönix Bergbau Akt.	244.½
Allg. Bank f. Handel „	— —	Bismarckhütte „	165.½
Schantung E. G. Akt.	152.½	Westeregeln Alkali „	194.75
Baltimore u. Ohio „	85.75	Harpener Bergbau Akt.	135.—
Canada Pacific Akt.	218.—	Allg. Elektr.-Gesellsch. Akt.	246.½
Prinz Henri E. B. Akt.	161.½	Siemens u. Halskeakt.	229.75
Türkenlose	26. 169.50	Tendenz: schwach.	

Londoner Börse.

Atchison Topeka	103.—	Amalgamated Copp. Pref.	78.—
Southern Pacific	96.—	Chartered Company Ltd.	1.10
Chicago Rock Isl.	9.—	Rhodesia Proprietary	2.14
Mitt. Kan. u. Texas	2.—	Goldfields	2.55
Union Pacific	166.—	Rand Mines	6.½
U. S. Steel Common	64.½	De Beers Con old	1.15

Die

Depositenkasse Friedberg i. H.

empfiehlt sich zu

Vermittlung aller bankmässigen Geschäfte.

An- und Verkauf von Wertpapieren zu allen Börsen.
Errichtung laufender Rechnungen und provisionsfreier Scheck-Conti.
Umwechslung von Coupons und Coupons.
Annahme von offenen und verschlossenen Depots.
Entgegennahme verzinslicher Spar-Einlagen.

* **Die Rache des Elefanten.** Aus dem Zirkus Carree-Festspielen, die gegenwärtig allabendlich Tausende in der zum „Zirkus der 15 000" verwandelten Festhalle in Frankfurt a. M. versammeln, wird uns ein ergötzliches Vorkommnis berichtet. Einer der Cowboys, die in der großen Wildwestszene im Lassowerfen und tollkühnen Reitkünsten sich produzieren, hatte sich im Vergnügen daraus gemacht, den ältesten Elefanten aus der Elefantenherde der Festspiele zu ärgern. Das Tier bemüllte, wenn es seinen Quälgeist vorbeigehen sah, und mehrmals war der Cowboy nur mit Mühe dem drohend erhobenen Rüssel des Elefanten entgangen. Am Mittwoch vormittag aber ereilte den Cowboy sein Geschick. Aus seinem gewaltigen Rüssel übergoß der das Tier, das gerade getränkt wurde, mit einer Flut Wasser, die den Cowboy im Nu durchnäßte. Er verzog sich unter dem Gelächter der Umstehenden im wahrsten Sinne des Wortes: wie ein begossener Pudel. — Daß solche Tier hat sich übrigens bereits mehrmals schon in nach kühlsigerer Weise gerächt. Einem Pferd, das ihn mehrmals gereizt hatte, rannte er eines schönen Tages, ehe die Wärter es hindern konnten, seine Stoßzähne in den Bauch; es konnte nur mit Aufwendung aller ärztlichen Kunst gerettet werden. Ein anderes Mal hatte der Wärter, während der Elefant noch im Transportwagen stand, vergessen, ihm sein Futter zu bringen. Das hatte das Tier so erregt, daß es mit einem Stoß seines gewaltigen Körpers die massiven Wände des Waggons sprengte. Im übrigen ist das Tier, wie alle Elefanten des Zirkus Carree, sehr gutmütig, und folgt namentlich seinem Dresseur aufs Wort. Wenn der größte Elefant in der Vorstellung in der vordersten und zugleich der jüngste Elefant, „Baby", in der hintersten Manege ihre verblüffenden und oft so drolligen Künste zeigen, hallt das weite Rund des „Zirkus der Fünfzehntausend" wieder von dröhnendem Gelächter. Am letzten Mittwoch waren die Zirkus Carree-Festspiele, wie das Festspielbüro mitteilt, schätzungsweise von 12 000 Menschen besucht; ein Zeichen, daß die Beliebtheit der Festspiele immer noch zunimmt. Dazu mag vor allem die Neueinrichtung der sogen. billigen Sperrsitzplätze zu Mk. 1.50, sowie die Billigkeit der Preise überhaupt beigetragen haben, neben der noch nie dagewesenen Fülle und Reichhaltigkeit des Programms mit seinen 80 Attraktionen natürlich.

Heppenheim.

* **Gries heim a. M.,** 9. Febr. Die Polizei faßte hier zwei Bettler ab. Bei der Untersuchung dieser Leute stellte es sich heraus, daß jeder über etwa 23 Mark bares Geld bei sich trug.

* **Höchst a. M.,** 9. Febr. Der Mitterheimsche Verband ev. Arbeitervereine tritt am 1. März im hiesigen evangelischen Vereinshause zu seiner Frühjahrsversammlung zusammen.

* **Nied a. M.,** 9. Febr. Von einem fremden Automobil wurde ein etwa 4jähriger Knabe überfahren und erheblich verletzt.

* **Oberursel,** 9. Febr. Die Stadt beschloß die Schaffung eines Bürgerbuches. In dem umfangreichen Werke sollen Verordnungen der Stadtverwaltung sowie sonstige bemerkenswerte Notizen über die Stadt Aufnahme finden. Für Notstandsarbeiten wurden neben den früher schon bewilligten 2000 Mark weitere 1000 Mark genehmigt. Der Haushaltsplan für 1914 steht in 3 Positionen Ueberschüsse und in 9 dagegen Fehlbeträge vor.

* **Bad Homburg,** 9. Febr. Der Prozeß der Gemeinde Gonzenheim gegen die Frankfurter Lokalbahn-Aktiengesellschaft wegen des Nichthaltens einiger Züge an der Station Gonzenheim mußte vertagt werden, weil der als Zeuge vorgeschlagene Dr. Fay aus Darmstadt vom Großh. Ministerium keine Genehmigung zu einer Aussage erhielt.

* **Bad Homburg,** 9. Febr. Die Stadt schloß kürzlich mit den Höchster Gaswerken einen Vertrag ab, nach dem sich das Werk verpflichtet mußte, an die Nachbargemeinden Dornholzhausen und Gonzenheim kein Gas zu liefern. Diese Bestimmungen hat in den beteiligten Kreisen gewaltiges Aufsehen erregt und wurde allerorten als Schikane Homburgs angesehen, weil die beiden Ortschaften sich nicht eingemeinden lassen wollen. Die Homburger Stadtverwaltung erklärt jetzt dazu, daß sie bei Abschluß des Vertrages lediglich wirtschaftliche Interessen der Stadt zu wahren suchte und daß sie bereit ist, mit Dornholzhausen und Gonzenheim ein Abkommen über die Gasversorgung zu treffen.

* **Wehrheim,** 9. Febr. Infolge einer anonymen Anzeige bei der Wiesbadener Staatsanwaltschaft fanden dieser Tage hier Haussuchungen bei zahlreichen Personen statt, die wider das keimende Leben sich vergangen haben sollen. Es handelt sich vorwiegend um Angehörige der besseren Kreise.

Aus Starkenburg.

* **Roßdorf b. Darmstadt,** 9. Febr. Hühnerdiebe trieben in einer der letzten Nächte hier ihr Unwesen. So wurden dem Maurermeister B. Oestreich 8 wertvolle Hühner gestohlen, ohne daß man von den Tätern bis jetzt eine Spur entdecken konnte.

* **Hofheim b. Worms,** 9. Febr. Hier ist in einer der letzten Nächte die Hofreite mit Scheune des Ph. Herbert vollständig ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden ist bedeutend, die Entstehungsursache unbekannt.

Aus aller Welt.

Landgerichtsdirektor Fischbach über die Person des Mörders Wagner. Zu Beginn der Schwurgerichtssitzung vom 4. d. M. hat sich der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Fischbach über die Person des Wagner ausgesprochen, den er in seiner Eigenschaft als Gefängnisvorstand in den letzten Wochen wiederholt gesprochen hat. Er sagt, daß der persönliche Eindruck, den man von ihm gewinnt, ein geradezu überwältigender ist. Man erwartet einen Mann von 39 Jahren zu finden, einen schweren Verbrecher und findet einen gramgebeugten Mann, der von höflichem, schüchternen, manchmal kindlichem Wesen ist, und der nur in einem gewissen Affekt gerät, wenn man auf Mühlhausen zu sprechen kommt und nur lebhaft wird, wenn er flehentlich bittet, es möchte doch bald verhandelt und er gerichtet werden. Das hat er stets mit lächelnder Miene vorbringen können, als ob es etwas alltägliches und selbstverständliches sei.

Mord eines Liebespaares. Auf der alten Liebe bei Cuxhaven fanden Fischer einen etwa 20jährigen jungen Mann und ein gleichalteriges Mädchen auf einer Bank sitzend tot auf. Nachforschungen ergaben, daß der junge Mann, ein Lehrling namens Schleß aus Hamburg, die Verkäuferin Zimmermann entführt hatte und mit ihr längere Zeit planlos umhergeirrt war. Die beiden haben einen Brief an den Vater der Zimmermann hinterlassen, in dem sie mitteilen, daß sie aus Mangel an Geld aus dem Leben scheiden.

Schwerer Unfall in St. Moritz. Wie der „Newyork Herald" meldet, hat sich in St. Moritz ein schwerer Unfall ereignet. Eine Amerikanerin namens Beatrice Hentaux, und ein Amerikaner namens Harmsby verunglückten beim Tobogganfahren sehr schwer. Das Unglück fand auf der Rodelbahn von Celsoir in der Nähe von Pontresina statt. Bei Madame Hentaux, die sich in einer Klinik in St. Moritz befindet, sind schwere innere Verletzungen und ein doppelter Schädelbruch festgestellt worden. Mr. Harmsby hat gleichfalls einen Schädelbruch und Verletzungen im Gesichte erlitten. Ferner wurde ein Bruch der Handwurzel festgestellt.

Eine gestörte Studentenmensur. In einem Hotel in Dresden wurde eine Studentenmensur durch die Polizei gestört. Dort hielten zwei Burschenschaften der Dresdener Technischen Hochschule eine Bestimmungsmensur ab. Als die Aerzte gerade mit dem Nähen der Wunden beschäftigt waren, erschien ein Kriminalbeamter, der durch einen entlassenen Verbindungsdiener auf die Mensur aufmerksam gemacht worden war, und nahm die nötigen Feststellungen vor.

Nächtlicher Ueberfall. Der Direktor des Studentenheims in Königrätz, Professor Sabranitz, wurde nachts, als er von einer Gesellschaft nach Hause zurückkehrte, vor seiner Wohnung von einem fremden Manne überfallen und durch einen Messerstich tödlich verletzt. Dem Attentäter gelang es, zu entkommen. Die Ursache des Attentats ist noch in mysteriöses Dunkel gehüllt.

Ehedrama in Lehe. Der frühere Kaufmann und jetzige Versicherungsagent Johann Ravens in Lehe schoß seiner Frau und sich nach einem kurzem Wortwechsel zwei Kugeln in den Kopf. Ravens ist bereits seinen Verletzungen erlegen, die Frau liegt im Sterben. Die Ursache der Tat liegt in zerrütteten finanziellen Verhältnissen und ehelichem Unfrieden.

Straßenbahnzusammenstöße. Am 5. Februar abends ereignete sich auf der Ringbahn auf dem Hohenzollernring in Köln ein schwerer Unfall. Zwei Straßenbahnzüge, die aus entgegengesetzter Richtung kamen, prallten dadurch aufeinander, daß ein Straßenbahnzug auf das Verbindungsgleis geriet. Der Anprall erfolgte mit solcher Wucht, daß der eine Wagen sich in die Mitte des anderen bohrte. Ein Führer ist tötlich verletzt. Vier andere Personen erlitten schwere Verletzungen, andere wurden leichter verletzt. — Infolge dichten Nebels stießen in Prag zwei Straßenbahnwagen zusammen, wobei drei Personen schwer und zehn andere leichter verletzt wurden.

Unter Verdacht des Grundstücksschwindels. Unter dem Verdachte an dem mehrere Millionen betragenden Grundstücksschwindeleien seines in Chemnitz verhafteten Schwagers Lorenz beteiligt gewesen zu sein, wurde in Berlin in seiner Wohnung der 55 Jahre alte Musikdirektor Franz Götze auf Veranlassung der Dresdener Staatsanwaltschaft verhaftet. Haussuchungen in der Wohnung des Lorenz sollen schwer belastendes Material gegen Götz zutage gefördert haben.

Italien vor einem neuen Eisenbahnerausstand. Die italienischen Eisenbahner bereiten gegenwärtig eine über ganz Italien ausgebreitete Agitation vor. Es sollen von der Staatsbahnverwaltung Gehaltsaufbesserungen im Gesamtbetrage von 50 Millionen verlangt werden. Zunächst will man daran gehen, einen sich auf das ganze Land erstreckenden Bund der Angestellten öffentlicher Betriebe zu gründen. Dieser würde vornehmlich neben dem Eisenbahnpersonal auch die Beamten des Post- und Telegraphendienstes umfassen, deren Unzufriedenheit bisher schon der Regierung fortwährend zu schaffen macht.

Schiffsbrand auf hoher See. Durch einen Brand auf hoher See ist, wie der „Daily Telegraph" aus Wellington in Australien meldet, der Dampfer „Mea", der sich auf dem Wege von Wellington nach Wanganui mit einer Ladung Benzin befand, am 4. Februar vernichtet worden. Das Feuer wurde durch Explosion des Benzins hervorgerufen. Dabei wurde ein Matrose buchstäblich in Stücke gerissen. Mit rasender Geschwindigkeit griff die Feuersbrunst um sich und in kurzer Zeit war das ganze Schiff in ein Flammenmeer verwandelt. Die Besatzung konnte von dem Hilfsdampfer „Arapawa" gerettet werden. Das Schiff ist gesunken.

Mord an einem Fabrikbesitzer. Gegen Ende des vorigen Jahres verschwand auf geheimnisvolle Weise der Direktor einer Pulverfabrik in der Nähe von Brest, namens Cadiau. Trotz größter Anstrengungen war es der Polizei nicht gelungen, eine Spur des Vermißten aufzufinden, und man glaubte, daß er infolge der schlechten finanziellen Lage, in der er sich befand, geflüchtet sei. Diese Vermutung bestätigte sich nicht. Denn am 4. Januar entdeckte man zufällig in einem der Fabrik nahegelegenen Walde die Leiche des verschwundenen Direktors. Die polizeiliche Untersuchung führte zur Verhaftung eines der ersten Ingenieure der Fabrik, namens Pierre, der beschuldigt wird, seinen Direktor ermordet zu haben.

Todessturz zweier Militärflieger. Ein schweres Unglück, das zwei Offizieren das Leben kostete, ereignete sich auf dem Flugfelde von Bourges. Kurz nach 5 Uhr unternahmen der Militärflieger Delvert mit dem Hauptmann Fibaut vom 1. Artillerie-Regiment einen Flug mit einem neuen Apparat, als plötzlich beide aus einer Höhe von zirka 50 Metern abstürzten und als Leichen unter dem Flugzeuge hervorgezogen wurden.

Verhaftung eines amerikanischen Millionärs. Großes Aufsehen erregt in Newyork die Verhaftung des Millionärs Octavio Gutnle, die auf Antrag der Schauspielerin Monita Botzen erfolgte. Diese hatte ihm auf 50 000 Doll. Entschädigung für ein gebrochenes Eheversprechen verklagt. Gutnle wurde wegen Fluchtverdachts verhaftet, jedoch gegen eine Kaution von 50 000 Dollars wieder freigelassen. Er ist Inhaber einer großen brasilianischen Firma.

Ein Komplize Sternickels verhaftet. In Posen wurde ein Kellnergehilfe namens Schalmanoch verhaftet, der in dem Verdacht steht, mit dem inzwischen hingerichteten Raubmörder Sternickel einen Frauenmord begangen zu haben.

Je öfter — je lieber. Wir bedürfen bei unseren Speisen viel mehr Abwechselung als bei unseren Getränken. Die müssen glauben, nur Bier, Wein oder Kaffee könne man täglich trinken, ohne mit der Zeit einen Widerwillen davor zu bekommen. Sie saßen schließlich das Vorurteil, daß man alles andere früher oder später „über" bekommt. Das ist aber ein Irrtum! Der gesunde Kathreiners Malzkaffee ist ein Familiengetränk, welches seit über 25 Jahren täglich von Millionen immer wieder und immer mit steigendem Genuß getrunken wird. Weil er viel billiger ist als Kaffee, haben manche ein Vorurteil gegen Kathreiners Malzkaffee. Man bildet sich eben ein, etwas Billiges könne gar nicht gut sein. Kathreiners Malzkaffee ist aber billig und doch gut! Man gewöhnt sich leicht an ihn und gewinnt ihn jeden Tag lieber.

Spielplan des Stadttheaters in Bieber.

Montag, den 9. Febr., abends 8 Uhr in Marburg: „Filmzauber". Außer Abonnement.

Dienstag, den 10. Febr., abends 8 Uhr: „Egmont" 16. Dienstag-Abonnementsvorstellung.

Aus den Amtsverkündigungsblättern.

Kreis Friedberg.

Friedberg, den 4. Februar 1914.

Betreffend: Landesfeuerlöschordnung; hier die Aufstellung der Grundlisten der feuerwehrpflichtigen Mannschaften.

Das Großh. Kreisamt Friedberg
an die Großh. Bürgermeistereien des Kreises.

Nach § 11 der Ausführungsverordnung zur Landesfeuerlöschordnung vom 11. Oktober 1890 ist der Großh. Bürgermeister verpflichtet, im Monat Februar jeden Jahres eine **Grundliste der nach Art. 11 des Gesetzes vom 29. März 1894 pflichtigen Mannschaften, sowie ein Verzeichnis der aus dieser Grundliste für das nachfolgende vom 1. April bis 31. März laufende Jahr als feuerwehrpflichtig zu Anspruch zu nehmenden Personen aufzustellen,** beide Listen acht Tage lang offen zu legen und die Auflegung öffentlich bekannt zu machen.

Bis zum 1. April jeden Jahres hat er sodann die Einteilung der neuzugezogenen Pflichtigen in die einzelnen Abteilungen vorzunehmen. Indem wir Sie darauf hinweisen, daß in manchen Gemeinden unseres Kreises die Zahl der in die Pflichtfeuerwehr eingestellten Mannschaften eine zu geringe ist, und § 3 unserer Kreisfeuerlöschordnung, wie dies häufig irrtümlicher Weise geschieht, nicht so auszulegen ist, als ob nur Personen vom 20. bis 44. Lebensjahre zugezogen werden könnten, beauftragen wir Sie gemäß Art. 11 der Landesfeuerlöschordnung alle männlichen Einwohner vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr zur Pflichtfeuerwehr zuzuziehen. Die Großh. Bürgermeister derjenigen Gemeinden, in denen die Zahl der hiernach Pflichtigen weniger als 50 beträgt, wollen gemäß § 3 Abs. 2 der Kreisfeuerlöschordnung noch weiter die Gemeindeeinwohner bis zum vollendeten 60. Lebensjahre einstellen.

Die Einteilungsliste auf vorgeschriebenem Formular ist uns bis spätestens zum 1. März l. Js. ohne Begleitbericht vorzulegen und hierbei auf derselben zu bestätigen, daß die Altersklassen vom 18. bis 50 bezw. 60. Lebensjahre zu der Feuerwehr zugezogen sind. Eine Entschließung darüber, ob etwa in einzelnen größeren Gemeinden bestimmte Altersklassen von der Verpflichtung zum Feuerwehrdienst befreit werden können, behalten wir uns vor.

Frhr. Schenck.

Bekanntmachung.

Betreffend: Erkrankung des Kreispfandmeisters Kullmann zu Bilbel.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß Kreispfandmeister Kullmann zu Bilbel bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit beurlaubt worden ist, und während dieser Zeit durch den städtischen Vollziehungsbeamten Busch zu Friedberg vertreten wird.

Friedberg, den 3. Februar 1914.

Großherzogliches Kreisamt Friedberg.
Frhr. Schenck.

Betr.: Gefechtsmäßiges Schießen mit scharfer Munition.

Bekanntmachung.

Das 3. Bataillon des 5. Großh. Hess. Infanterie-Regiments Nr. 168 in Friedberg beabsichtigt vom 9. bis 13. Februar gefechtsmäßiges Schießen mit scharfer Munition in dem Gelände unmittelbar südlich Hof Haselhecke, Schußrichtung von Osten nach Westen gegen den Winterstein, abzuhalten.

Das Schießen beginnt täglich um 8 Uhr vormittags und dauert bis 5 Uhr nachmittags; sollte es an einem der betreffenden Schießtage früher beendet sein, so wird dies durch Einziehen der Postenkette bekannt gegeben.

Das für den Verkehr gesperrte Gelände wird begrenzt im Norden: durch den Weg Nieder-Mörlen—Forsthaus Winterstein (Usinger Straße),
im Westen und Süden: durch den Weg Forsthaus Winterstein—Ockstadt,
im Osten: durch den Waldrand östlich Galgenkopf.

Die angegebenen Wege und das innerhalb dieser Grenzen gelegene Gelände muß eine Stunde vor Beginn des Schießens bis eine Stunde nach Beendigung des Schießens von jedem Verkehr frei bleiben. Die Einwohner haben den Weisungen der Absperrposten Folge zu leisten.

Friedberg, den 4. Februar 1914.

Großherzogliches Kreisamt Friedberg.
Frhr. Schenck.

Betreffend: Die Krankenversicherung der unständig Beschäftigten.

Bekanntmachung.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Reichsversicherungsordnung auch die unständig Beschäftigten der Krankenversicherungspflicht unterworfen hat. Unständig ist nach § 441 R. V. O. die Beschäftigung, die auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist. (Es kommen also in Betracht auswärts arbeitende Näherinnen, Büglerinnen, Putz- und Waschfrauen, Taglöhner und ähnliche Personen.)

Unständig Beschäftigte haben sich selbst zur Krankenkasse anzumelden.

Nichtversicherungspflichtig sind solche unständig Beschäftigten, deren Dienstleistungen nach der im Abdruck nachstehenden Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 17. Nov. d. Js. als **vorübergehende** anzusehen sind.

Friedberg, den 2. Februar 1914.

Großh. Kreisamt, Versicherungsamt, Friedberg.
J. V.: Dr. Probst.

Bekanntmachung, betreffend die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Krankenversichungspflicht. Vom 17. November 1913.

I. Vorübergehende Dienstleistungen bleiben versicherungsfrei, wenn sie

1. von Personen, die überhaupt keine berufsmäßige Lohnarbeit verrichten, nur gelegentlich, insbesondere zur gelegentlichen Aushilfe, ausgeführt werden und auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegen oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt sind,
2. von Personen, die sonst berufsmäßige Lohnarbeit verrichten, während vorübergehender Arbeitslosigkeit nur gelegentlich, insbesondere zur gelegentlichen Aushilfe, ausgeführt werden und auf höchstens drei Arbeitstage entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegen oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt sind,
3. von Personen, die sonst keine berufsmäßige Lohnarbeit verrichten, zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur nebenher und gegen einen geringfügen Entgelt ausgeführt werden. Als geringfügig gilt ein Entgelt, wenn er für den Lebensunterhalt während des Zeitraums, innerhalb dessen die Beschäftigung in regelmäßiger Wiederkehr ausgeübt wird, nicht wesentlich ist,
4. von Berufsarbeitern während des Bestehens eines regelmäßigen, versicherungspflichtigen oder nach den §§ 169 bis 174 der Reichsversicherungsordnung versicherungsfreien Arbeitsverhältnisses zu einem bestimmten Arbeitgeber für andere Arbeitgeber nebenher, sei es gelegentlich, sei es in regelmäßiger Wiederkehr ausgeführt werden,
5. zur schleunigen Hilfeleistung bei Unglücksfällen, bei Verheerungen durch Naturereignisse, bei Verkehrs- oder Betriebsstörungen und dergleichen geleistet werden, sofern die Dienstleistungen voraussichtlich höchstens drei Arbeitstage dauern werden,
6. von Bediensteten ausländischer Eisenbahnverwaltungen in Eisenbahnbetrieben des Inlandes ausgeführt werden,
7. von Bediensteten ausländischer Betriebe im Inland geleistet werden, soweit diese Betriebe mit einzelnen Betriebshandlungen vorübergehend in das Inland hinübergreifen,
8. vom Personal ausländischer Schiffe ausgeführt werden, die im Binnenschiffahrtsverkehre deutsche Wasserstraßen befahren und nicht nach Entscheidung des Versicherungsamts ihres Beschäftigungsorts (§ 1331 der Reichsversicherungsordnung) im Inland einen regelmäßigen Verkehr von erheblicher Dauer unterhalten,
9. von Personen, die nicht zur Schiffsbesatzung gehören, im Ausland auf Seefahrzeugen oder auf Fahrzeugen der Binnenschiffahrt geleistet werden.

II. Dienstleistungen schulpflichtiger Kinder in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bleiben in allen Fällen versicherungsfrei, wenn sie im Laufe eines Kalenderjahres auf bestimmte Jahreszeiten und höchstens acht Wochen oder zusammen auf höchstens vierzig Tage nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegen oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt sind. Die oberste Verwaltungsbehörde kann den hiernach versicherungsfreien Zeitraum bis auf einen solchen von höchstens einer Woche herabsetzen oder gestatten, daß die Satzungen der Krankenkassen ihn so weit herabsetzen.

III. Die oberste Verwaltungsbehörde kann mit Zustimmung des Reichskanzlers widerruflich anordnen, wieweit vorübergehende Dienstleistungen solcher Ausländer im Inland versicherungsfrei sind,

1. welchen der Aufenthalt in Grenzbezirken zur Ausführung von Arbeiten auf fest bestimmte Zeit behördlich gestattet ist,
2. welche übungsgemäß in Flößereibetrieben beschäftigt werden.

Berlin, den 17. November 1913.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Friedberg, den 3. Februar 1914.

Betreffend: Schluß der Fortbildungsschule 1913/14.

Die Großh. Kreisschulkommission Friedberg
an die Schulvorstände des Kreises.

Der Schluß der Fortbildungsschule für das laufende Schuljahr hat, wenn nicht besondere Verfügungen vorliegen, in der mit dem 28. Februar l. Js. schließenden Woche zu erfolgen. Die vorzunehmende öffentliche Prüfung kann auf den letzten Fortbildungstag verlegt werden. Bei dieser Gelegenheit sind den Schülern die, durch unser Ausschreiben vom 4. Dezember 1906 vorgeschriebenen **Entlassungszeugnisse**, die in ländlichen Schulen von dem Vorsitzenden des Schulvorstandes und den Lehrern der Fortbildungsklasse zu unterzeichnen sind, einzuhändigen. Wegen der Rechenschaftsberichte der Lehrer verweisen wir auf unser Amtsblatt vom 22. Dezember 1913. Die Einsendung dieser Berichte erwarten wir bis spätestens 15. März l. Js.

Frhr. Schenck.

Friedberg, den 31. Januar 1914.

Betreffend: Die Kreisanstalt zur technischen Verarbeitung und Verwertung von Tierkadavern.

Das Großh. Kreisamt Friedberg
an den Herrn Bürgermeister der Stadt Bad-Nauheim, den Stadtrechner daselbst, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und die Gemeinderechner des Kreises.

Wir benachrichtigen Sie unter Bezugnahme auf § 23 Abs. 2 des Polizeireglements über den Betrieb und die Benutzung der für den Kreis Friedberg errichteten Abdeckerei vom 18. August 1894, daß wir heute die Auszahlung der Vergütungen für die im 2. Quartal Rechnungsjahr 1913 (Juli bis September 1913) eingelieferten Tierkadaver verfügt haben. Die Großh. Bürgermeistereien wollen dies alsbald zur Kenntnis der Interessenten bringen.

Die Gemeinderechner werden angewiesen, die Quittung der Empfänger durch deren Unterschrift in der letzten Spalte der ihnen zugehenden Verzeichnisse bewirken zu lassen.

Frhr. Schenck.

Kreis Gießen.

Bekanntmachung.

Betr.: Lehrerprüfungen im Schuljahre 1913-14.

An die Schulvorstände des Kreises.

Die erste diesjährige Assistorialprüfung für Anwärter und Anwärterinnen des Schulamts beginnt am 4. Mai 1914 zu Darmstadt. Meldungen zu dieser Prüfung sind mit 1,50 Mark Stempel versehen bis spätestens 1. März l. Js. bei uns einzureichen. Diejenigen Prüflinge, denen keine besondere Nachricht zugeht, haben sich am 4. Mai zur Prüfung einzufinden.

Gießen, den 4. Februar 1914.

Großh. Schulkommission Gießen.
J. V.: Dr. Siegert.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen vom 29. November 1913 — Kreisblatt Nr. 94 — und vom 20. Januar 1914 — Kreisblatt Nr. 7 — in welchen die Namen der 50 Höchstbesteuerten des Kreises Gießen, die zur Teilnahme an den obengenannten Wahlen berechtigt sind, veröffentlicht wurde, wird darauf hingewiesen, daß infolge der stattgehabten Neueinteilung des Kreises in Wahlbezirke gemäß Art. 19 Abs. 5 der Kreis- und Provinzialordnung eine Neuwahl sämtlicher Kreistagsabgeordneten vorzunehmen ist. Bei der demnächst abzuhaltenden Kreistagswahl durch die 50 Höchstbesteuerten sind deshalb 8 Kreistagsabgeordnete (ein Drittel der Gesamtzahl) zu wählen.

Die Großh. Bürgermeistereien werden hiermit angewiesen, die ihnen in den letzten Tagen zugegangenen Ladungen der zur Kreistagswahl bevollmächtigten Gemeindevorstandspersonen sofort zu vollziehen, die vollzogene Ladung auf der Rückseite der Einladung zu bescheinigen und das betreffende Schriftstück umgehend an uns zurückzusenden.

Gießen, den 4. Februar 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. V.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge.

Nach Paragraph 5 der auf Grund des Paragraphen 1447 RVO. erlassenen Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern vom 21. Dezember 1911 (Reg.-Bl. 1911 Nr. 37) hat die Einziehung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung grundsätzlich durch die Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie durch die Knappschaftskrankenkassen für ihre Versicherten zu erfolgen.

Vom 1. bezw. 5. Januar 1914 gehen die Obliegenheiten der im Landkreis Gießen aufgeführten Krankenkassen, soweit sie auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Bezug haben, auf die neuerrichteten Orts- und Landkrankenkassen über. Zweckmäßig, weil im Interesse der Versicherten gelegen, werden die Geschäfte der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (Einziehung der Versicherungsbeiträge, Verwendung der Beitragsmarken, Ausstellung, Umtausch und Postsendung der Quittungskarten) vom 1. Januar 1914 ab am Beschäftigungsort der Versicherten durch die gemeinsamen Ortsgeschäftsstellen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Landkrankenkasse für den Landkreis Gießen vorgenommen. Die Inhaber dieser Stellen sind die Gemeinderechner der Gemeinden. Ausnahmsweise sind die Ortsstellen übertragen worden: in Geilshausen dem Großh. Beigeordneten Menz; in Heuchelheim dem Herd. Volkmann 2.; in Hungen dem Polizeidiener Otto Jäckel; in Leihgestern dem Georg Schipp 5.; in Lich dem Heinrich Adam Fuhr; in Muschenheim dem Heinrich Müller 4.; in Odenhausen dem Leonhard Lang 4.; in Watzenborn-Steinberg dem Karl Moldt.

In Friedelhausen (Gemeinde Staufenberg) bleibt die seitherige örtliche Einziehungsstelle für die Invalidenversicherung für die Invalidenversicherungspflichtigen dieser Gemarkung auch nach dem 1. Januar 1914 bestehen. Erheber ist der Förster J. Schneider.

Zur Ausführung des Angestellten-Versicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1911 erfolgt die Ausgabe und die Annahme der Aufnahmekarten, die Ausstellung der Versicherungskarten (Paragraphen 190, 195, Abs. 1 Paragraph 197) bei denjenigen Versicherten, die nach dem vierten Buch der Reichsversicherungsordnung versichert sind (d. i. Invalidenversicherung) ebenfalls durch diese örtlichen Erhebestellen.

Gießen, den 4. Februar 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. V.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Oberbessingen, Niederbessingen, [illegible] und Holzheim.

Auf Grund von Artikel 19 des Feldbereinigungs[illegible] fordere ich die beteiligten Grundeigentümer auf, die [illegible] der Eigentums- und sonstigen Rechtsverhältnisse in den [illegible]lichen Büchern, insoweit sie den bestehenden Verhältnissen [illegible] mehr entsprechen, innerhalb einer Frist von drei Monaten [illegible] dem zuständigen Amtsgerichte berichtigen oder ergänzen zu lassen, damit die bestehenden Rechtsverhältnisse beim Feldbereinigungsverfahren berücksichtigt werden können.

Friedberg, den 17. Januar 1914.

Großh. [illegible]kommissär
Dr. Jann, Kreisamtmann.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Mainzlar.

In der Zeit vom 7. bis 14. Februar l. J. einschließlich liegt vormittags auf dem Dienstzimmer Großh. Bürgermeisterei Mainzlar

die Unterlage zur Verteilung der im Feldbereinigungsverfahren ungedeckt gebliebenen Kosten nebst dem Kommissionsbeschluß vom 20. Januar 1914 über die Kosten und deren Erhebung

zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen sind bei Meidung des Ausschlusses innerhalb der obengenannten Offenlegungsfrist schriftlich bei Großh. Bürgermeisterei Mainzlar einzureichen.

Friedberg, den 29. Januar 1914.

Großh. Feldbereinigungskommissär.
Dr. Jann, Kreisamtmann.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 11. bis einschließlich 17. Februar 1914 liegen auf Großh. Bürgermeistereien Ebersstadt während der üblichen Dienststunden

das Hauptgeldausgleichungsverzeichnis mit 5 dazu gehörigen Verzeichnissen; sowie das Verzeichnis der Entschädigungen für Flurverletzungen zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen sind bei Meidung des Ausschlusses innerhalb der obengenannten Offenlegungsfrist schriftlich bei Großh. Bürgermeisterei Ebersstadt einzureichen.

Friedberg, den 29. Januar 1914.

Großh. Feldbereinigungskommissär.
Dr. Jann, Kreisamtmann.

Kreis Büdingen.

Büdingen, den 29. Januar 1914.

Betreffend: Die Krankenversicherung der bei dem Kreis Büdingen angestellten Straßenarbeiter (Steinklopfer).

Das Großh. Kreisamt, Versicherungsamt, Büdingen an die Vorstände und Rechner der Krankenkassen und die örtlichen Meldestellen im Kreise.

Um vorgebrachten Zweifeln über die Krankenversicherung der beim Kreise beschäftigten Straßenarbeiter zu begegnen, weisen wir Sie auf folgendes hin:

Von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, sind die Straßenarbeiter unständig Beschäftigte. Sie haben daher die Pflicht, sich bei der zuständigen Krankenkasse selbst anzumelden (§ 444 R.V.O.)

Die Frage der Zuständigkeit der Krankenkasse bemißt sich nach § 442 R.V.O. Hiernach gehören die unständig Beschäftigten, wenn sie vorwiegend landwirtschaftlich beschäftigt sind, in die Landkrankenkasse, sonst in die allgemeine Ortskrankenkasse (Bauarbeiten). Es fragte sich sonach, welcher Art von Arbeit der Straßenarbeiter im übrigen nachgeht. Ist er, was häufig der Fall ist, im übrigen selbständiger Landwirt und als solcher nicht versicherungspflichtig, so gehört er in die allgemeine Ortskrankenkasse, ebenso, wenn seine übrige Tätigkeit eine gewerbliche ist. Meistens wird der Straßenarbeiter im übrigen landwirtschaftlicher Taglöhner sein, er gehört dann zur Landkrankenkasse.

Boeckmann.

Büdingen, den 2. Februar 1914.

Das Großh. Kreisamt Büdingen
an die Großh. Bürgermeistereien des Kreises.

Wir beabsichtigen im Monat März d. Js. wieder eine Bürgermeister-Versammlung abzuhalten und geben Ihnen hiermit Gelegenheit, Vorschläge für die Tagesordnung binnen 3 Wochen zu machen.

Boeckmann.

Büdingen, den 26. Januar 1914.

Betreffend: Wohnungsaufsicht.

Das Großh. Kreisamt Büdingen
an die Großh. Bürgermeistereien des Kreises.

Wir werden Ihnen demnächst einen Fragebogen über den Wohnungsbestand in 1913 sowie den bereits ausgefüllten für 1912 zusenden zwecks Ausfüllung des ersteren durch den Wohnungsinspektor und baldiger Rücksendung beider Formulare an uns. Der Fragebogen für 1912 liegt deshalb bei, weil aus ihm der Bestand Ende 1912 entnommen und oben im Formular für 1913 eingefügt werden muß. Für die Wohnungsinspektoren in Büdingen und Nidda fügen wir noch einen Fragebogen zum Konzept bei Ihren Akten bei. Wir erwarten Rücksendung bis 25. Februar spätestens.

Boeckmann.